

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Galtklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 39.

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementpreis 1.50 M. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbenderstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,
Sonnabend, 25. September 1909.

Anzeigen kosten die 4gespaltene Pettzeile
oder deren Raum 40 Pfg. (Der Betrag ist
sietz vorher einzusenden.)
.. Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile ..

23. Jahrg.

Kollegen! Sorgt für die weitere Ausbreitung des Verbandes!

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908.

Die Statistik der freien Gewerkschaften über die Arbeitskämpfe im Jahre 1908, die in Nr. 7 der Statistischen Beilage des Correspondenzblattes erschienen ist, zeigt, daß wohl die Unternehmer das Jahr des stärksten wirtschaftlichen Niederganges und der geradezu erschreckenden Arbeitslosigkeit benutzten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, daß aber auch die Gewerkschaften dank ihres wachsenden Einflusses nicht nur diese beabsichtigten Verschlechterungen erfolgreich zurückweisen, sondern darüber hinaus noch Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen konnten. Mit dem im Jahre 1907 einsetzenden wirtschaftlichen Niedergang trat auch zugleich ein Rückgang in der Zahl der Bewegungen ein. Dieser Rückgang kommt für das Jahr 1908 noch erheblicher zum Ausdruck, als es im Jahre 1907 der Fall war. Die Zahl der Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zeigt eine starke Abnahme, während die Zahl der Abwehrkämpfe stieg. Bewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung wurden im Berichtsjahre 5337 geführt gegenüber 8053 im Jahre 1907; doch ist die Zahl noch höher als im Jahre 1905, das 5659 Bewegungen aufwies. Von den Bewegungen wurden im Berichtsjahre 15758 Orte und 49117 Betriebe mit 742704 beschäftigten Personen betroffen. Ohne Arbeitseinstellung wurden 63,7 Proz. der Bewegungen für 449431 beteiligte Personen erledigt. Von diesen ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Bewegungen wurden 88,9 Proz. durch erfolgreiche Verhandlungen mit den Unternehmern, 1,7 Proz. durch Zugeständnisse der Unternehmer ohne Verhandlungen und 7,7 Proz. durch Zurückziehen der Forderungen erledigt.

Streiks und Aussperrungen fanden 2230 statt mit 126883 beteiligten Personen. Im prozentualen Verhältnis der mit oder ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Bewegungen zeigt das Jahr 1907 mit dem Berichtsjahre sehr geringe Differenzen, die zu irgendwelchen Schlüssen keine Berechtigung geben. Während 1908 auf friedlichem Wege 63,7 Proz. der Bewegungen endeten, waren es 1907 61,8 Proz.; durch Arbeitseinstellung wurden 1908 36,3 Proz. der Bewegungen erledigt, 1907 38,2 Proz.

Von den gesamten Bewegungen waren erfolgreich: 3025 = 51,8 Proz., teilweise erfolgreich 1425 = 24,4 Prozent, erfolglos: 1183 = 20,33 Proz.

129 Bewegungen waren am Jahreschlusse nicht beendet und von 75 Bewegungen blieb der Ausgang unbekannt. Es waren beteiligt: an den erfolgreichen Bewegungen 191428 Personen = 33,2 Proz., an den mit teilweisem Erfolg beendeten Bewegungen 217562 Personen = 37,8 Proz., und an den erfolglosen Bewegungen 146238 Personen = 25,3 Proz.

Die Gesamtausgabe für die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung betrug 4624325 M. An den Bewegungen partizipieren 55 Verbände. Keine Bewegungen hatten die Verbände der Bureauangestellten, Friseur, Hotelbienen, Notensetzer und Zivilmusiker.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung dienten 3059 mit 401334 Beteiligten der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. 548 Bewegungen mit 48100 Beteiligten wurden veranlaßt durch beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer. Die Zahl der Angriffsbewegungen hat sich um 36,3 Proz. und die Zahl der daran beteiligten Personen um 21 Proz. verringert. Dagegen ist die Zahl der Abwehrbewegungen um 106 Proz. gestiegen und die Zahl der daran beteiligten Personen war um 174,7 Proz. gestiegen.

Die Angriffsbewegungen endeten in 54,2 Proz. erfolgreich, in 30,7 Proz. teilweise erfolgreich und in 37,2 Fällen mit 91156 Beteiligten erfolglos. Von den 548 Abwehrbewegungen waren 79,3 Proz. erfolgreich, 9,5 Proz. teilweise erfolgreich und in 61 Fällen mit 8404 Beteiligten erfolglos.

Der Erfolg der friedlich verlaufenden Bewegungen hat sich im Berichtsjahre noch ungünstiger gestaltet als

im Jahre 1907. Immerhin muß berücksichtigt werden, daß die Erfolge dieser Bewegungen auch in diesem Jahre trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur außerordentlich groß sind, zumal die erfolglosen Bewegungen doch nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Zeigt die Zahl der Streiks und Aussperrungen schon eine Verminderung um 28,5 Proz., so ist die Zahl der daran beteiligten Personen mit 126883 gar um 54,8 Proz. zurückgegangen. Die Kämpfe hatten also auch einen geringeren Umfang. Die Ausgaben dafür betragen denn auch nur 447709 M. gegenüber 12364082 M. im Jahre 1907. Beachtenswert ist, daß das Bestreben der Verbände, ihre Kämpfe aus eigenen Mitteln zu bestreiten, in den Jahren steigende Tendenz zeigt. Im Jahre 1908 wurden mit 99,2 Proz. fast sämtliche Streikunterstützungen aus den eigenen Mitteln, also ohne Hilfe von außen, bez betreffenden Verbandes bestritten. Von den Kämpfen waren Angriffstreiks: 33,1 Proz. (1907: 58,6 Proz.), Abwehrstreiks 54,4 Proz. (1907: 29,9 Proz.), Aussperrungen 12,5 Proz. (1907: 11,5 Proz.).

Die Erfolge der Kämpfe sind etwas günstiger als im Jahre 1907, sie stehen auch unter dem Durchschnitt der 18 Berichtsjahre. Den größten Anteil an der Zahl der Kämpfe hat das Baugewerbe mit 911 Kämpfen und 29669 beteiligten Personen, dann folgt die Holzindustrie mit 309 Kämpfen und 15195 Beteiligten, die Metallindustrie mit 240 Kämpfen weist jedoch mit 34649 Personen die höchste Beteiligungsziffer auf. Die Bekleidungs- und Lederindustrien weisen 168 Kämpfe auf, stehen aber mit den 24580 Personen an dritter Stelle der Beteiligungsziffern. Den geringsten Anteil an den Kämpfen hat das graphische Gewerbe mit 26 Kämpfen und 935 Beteiligten.

Beteiligt waren 92091 männliche und 10513 weibliche Personen, von denen 88412 bzw. 5803 gewerkschaftlich organisiert waren. Die Verluste an Arbeitszeit betragen rund 2045000 Tage, an Verdienst nahezu 8 Mill. M.

Die Angriffstreiks haben mit 678 gegenüber 1635 im Jahre 1907 einen Rückgang von 58,5 Proz. erfahren. Erfolgreich endeten 46,0 Proz., teilweise erfolgreich 25,8 Proz. und erfolglos waren 24,5 Proz. Die Zahlen weisen eine geringe Verschlechterung gegenüber 1907 auf, sie stehen unter dem Durchschnitt der letzten 9 Berichtsjahre, sind jedoch noch erheblich günstiger als in den Krisenjahren 1901 und 1902.

Die Abwehrstreiks weisen mit 1117 gegen 884 des Jahres 1907 eine Vermehrung um 33,9 Proz. auf. Die Zahl der Beteiligten stieg mit 36120 Beteiligten jedoch nur um 8,3 Proz. Erfolgreich endeten 47,0 Proz., teilweise erfolgreich 12 Proz., erfolglos 36,7 Proz. Auch von den Erfolgen der Abwehrstreiks gilt das von den Angriffstreiks Gesagte. 573 Streiks mit 16980 Beteiligten mußten um Zurückweisung von Lohnreduktionen geführt werden, die zu 47,7 Proz. erfolgreich und zu 10,5 Proz. teilweise erfolgreich beendet wurden. In 179 Fällen fanden Streiks wegen Maßregelungen statt. Ueberaus bezeichnend für unsere „herrliche Gesellschaftsordnung“ ist es, daß bei der erschreckenden Arbeitslosigkeit des Jahres 1908 noch 37 Streiks geführt werden mußten, um — eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren! In 18 Fällen = 46,8 Proz. war es leider nur möglich, solche, allen Vernunftgründen hohnsprechenden Maßnahmen zurückzuweisen. In 4 Fällen wurde nur ein teilweiser Erfolg erzielt und in 15 Fällen war die Abwehr der Arbeitszeitverlängerung erfolglos. In 16 Fällen mußte gegen den vom Unternehmer verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft werden, die leider den geringsten Erfolg aufzuweisen hatten.

Die Aussperrungen sind ungefähr im gleichen Verhältnis wie die gesamte Zahl der Kämpfe zurückgegangen. Es wurden 257 Aussperrungen mit 60576 Beteiligten gezählt gegenüber 323 Aussperrungen mit 104738 Beteiligten im Jahre 1907. Der Zahl der Beteiligten nach sind die Aussperrungen im Jahre 1908 im Verhältnis zu den gesamten Kämpfen erheblich umfangreicher vorgenommen worden als in früheren Jahren. Von den Aussperrungen endeten für die Arbeiter insgesamt 54 = 21,0 Proz. mit 4928 Beteiligten = 8,1 Proz. erfolgreich und 84 Aus-

sperrungen = 92,7 Proz. mit 29241 Beteiligten = 43,8 Proz. teilweise erfolgreich. Wie bei den anderen Kämpfen ist der Erfolg der Arbeiter bei den Aussperrungen ungünstiger als in den Vorjahren, jedoch trat auch für die Unternehmer nicht der Erfolg ein, den sie erwarteten.

Die Resultate der Bewegungen insgesamt sind eine Arbeitszeitverkürzung für 59324 Personen in Höhe von 183751 Stunden pro Woche und Lohnhöhungen für 236541 Personen im Gesamtbetrage von 865923 M. pro Woche. Außerdem wurden noch für 175687 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht. Korporative Arbeitsverträge wurden 1860 für 282958 Personen abgeschlossen.

So zeigen die wirtschaftlichen Kämpfe der freien Gewerkschaften selbst in dem so schweren Krisenjahre und bei erheblich verminderten Zahlen noch die tatkräftige Hilfe der Organisation, die den Arbeiter gegen die willkürlichen Anschläge des Unternehmertums schützt. Würde das immerhin noch große Heer der freien Gewerkschaften noch fernstehenden Arbeiter doch erst diese Kulturarbeit der Zentralverbände richtig würdigen und durch Masseneintritte in die Gewerkschaften die Reihen der Kämpfer stärken. In so geschlossener Bilanz würden die Gewerkschaften auf wesentlich größere Erfolge hoffen können.

Die verunglückte Mobrenwäsche.

I.

Man kann es sich sehr wohl denken, daß es den Führern der christlichen Gewerkschaften, sofern sie Reichstagsabgeordnete sind, äußerst unangenehm ist, immer wieder an ihre Beteiligung an der sogenannten Reichsfinanzreform erinnert zu werden. Ueberall im Volke, und nicht zum wenigsten in den Kreisen der christlichen Arbeiter, herrscht die Empfindung vor, daß es ein himmelschreiendes Unrecht ist, den Unterschichten mehrere hundert Millionen neue Steuern auf die ohnehin überlasteten Schultern zu laden und in demselben Augenblicke mit geradezu ängstlicher Sorgfalt die bestehenden Preise unseres Volkes, zumal die schwerreichen Grundbesitzer, vor jeder, auch der geringsten Neubelastung zu bewahren. Und diese Empfindung ist nicht nur in den Arbeiterschichten, sondern auch Marschende Männer aus höheren Schichten, über deren christliche und nationale Gesinnung gar kein Zweifel besteht, haben die gleiche Ueberzeugung und sprechen sie aus.

So hat der katholische Stadtpfarrer Dr. Feurstein in Donaueschingen, ein Volkswirtschaftler von anerkannter Bedeutung, sich folgendermaßen geäußert: „Die volkswirtschaftliche Tragweite der ganzen Besteuerungssaktion liegt weniger in dem absoluten Steuerdruck auf die unteren Volksteile, als vielmehr in der durch die Schonung der oberen Klassen — und diese ist mit jeder indirekten Besteuerung des Massenkonsums gegeben — bedingten Lastenverschiebung nach unten, die doppelt ungerecht wirkt in dem Zeitpunkt, wo eine enorme Verteuerung aller Lebensmittel eingesetzt hat. In derselben Richtung wirkt die Wiederherstellung der Zuckersteuer und die Beibehaltung der Schnapssteuer, soweit sie den ostelbischen Brennern zugute kommt, und der Getreideeinfuhrschemie, die nach Abschaffung des Identitätsnachweises ihren Zweck verloren haben, ja geradezu als versteckte Exportprämie auf Getreide wirken. Ich suche die Gründe für die schlechte Lösung der Finanzreformfrage im agrarischen Egoismus, für den auch der rechte zurzeit maßgebende Flügel des Zentrums Verständnis gezeigt hat, in dem Bestreben, die Finanzreform zu gewissen innerpolitischen Wirkungen auszunutzen und in einer arroganten Unwissenheit in Steuerfragen, die über die Vorstellungen des ersten Vertreters der Steuertheorie, Adolph Wagner in Berlin, einfach zur Tagesordnung

übergang. Das Reichstagszentrum wird sich auf sein volkstümliches Programm besinnen müssen, oder es wird die moralische Verantwortung dafür übernehmen, daß sich die breite Basis des Volkskörpers nach links verschiebt und den bürgerlichen Parteien aller Schattierungen die Gefolgschaft gekündigt wird." So ist's richtig ausgedrückt: Das Zentrum hat die volksfeindliche Finanzreform im Bunde mit dem unverschämten und unreaktionären Agrarierum durchgeführt, weil es politische Vorteile dadurch ergattern wollte und weil es von Steuer- und Finanzfragen nichts versteht.

Wo solchergestalt Volksempfinden und Wissenschaft gleichermaßen die ultramontan-agrarische Finanz-Helldämmerung verurteilen, da wird es den christlichen Arbeiter-Abgeordneten schwer fallen, sich von dem Vorwurfe zu reinigen, die Sache des Proletariats absichtlich verraten zu haben, wenn man nicht den milderbenden Umstand geltend machen will, man sei von den einflussreichen Deputierten des Schnapsbocks jämmerlich über's Ohr gehauen worden. Aber da nach einer weitverbreiteten Rechtsanschauung der Versuch nicht strafbar ist, so unternehmen die Giesberts und Komparten neuerdings immer energischer den Versuch, sich weißzubrennen von dem ihnen gemachten Vorwurfe und sich obendrein noch als große weitsichtige Sozialpolitiker hinzustellen. Sie rechnen hierbei mit dem Umstande, daß die große Masse sich allmählich an die neue Belastung gewöhnt, daß dadurch die ursprüngliche Erregung gemildert wird und der laubere Streich der Herren Führer langsam in Vergessenheit gerät. Diese sozialpsychische Tatsache verleiht ihnen den Mut, oder sagen wir richtiger, die Frechsteirigkeit, sich als weißgewaschene Volksbeglückervorberstaunenden Mitwelt zu produzieren und ihren gläubigen Schäflein in unehrlicher Weise Sand in die Augen zu streuen.

In dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, das unter der Redaktion von Joh. Giesberts in München-Malbach erscheint, wird die Mohrenwäsche vorgenommen. Unter Aufbietung einer echt jesuitischen Verdrehungskunst versucht der Verfasser des Leitartikels „Finanzreform und christliche Gewerkschaften“ der Wahrheit Gewalt anzutun und mit der Logik Schindluder zu treiben. Das wird ihm aber unangenehm aufstoßen, denn die deutsche Arbeiterschaft ist glücklicherweise nicht mehr so dumm, um sich von einem beliebigen Drahtzieher blauen Dunst vormachen zu lassen. Und was an uns liegt, so werden wir nicht ruhen und rasten, bis der christliche Volkserrat völlig entlarvt ist und bis auch der letzte Arbeiter einsteht, daß die christlich-nationalen Redensarten weiter keinen Zweck haben, als die Arbeiter für dumm zu verlaufen.

Der Artikelschreiber geht von dem Satze aus, daß die christlichen Gewerkschaften politisch neutral seien — wer's glaubt, kriegt einen Laler! — und daß sie deshalb kein Interesse an politischen Fragen hätten. Diese politische Neutralität sei deshalb notwendig geworden, weil man den Anhängern aller bürgerlichen Parteien die Möglichkeit bieten müsse, sich jenseits der sozialdemokratischen Klassenkampfgrundsätze gewerkschaftlich zu organisieren und tatkräftig an der Verbesserung ihrer Lage ar-

beiten zu können und weil zweitens der Ausschluß politischer Fragen der Bewegung die Möglichkeit gewähre, sich um so ausschließlicher und entschiedener ihrem ureigensten Zwecke, der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu widmen. Die Frage der günstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei die weitans wichtigste unter den Fragen, die das wirtschaftliche Interesse der Arbeiter berühren, und sie erscheine so wichtig, daß man alles das vermeiden wolle, was die Kraft der Bewegung davon ablenken könne. Diese eigenartige politisch-neutrale Stellung, so heißt es weiter, zwingt die christlichen Gewerkschaften zum Verzicht auf die Erörterung mancher Fragen politischer und wirtschaftspolitischer Art, an denen sie sonst unbedingt ein Interesse hätten und es bedürfe einer großen Disziplin und einer tiefen Erkenntnis des Wesens unserer christlichen Gewerkschaften, um die strikte politische Neutralität aufrecht erhalten zu können.

Die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften, die hier als Popanz benutzt wird, um eine Kritik der Führer im Reime zu erlösen, ist natürlich der reine Schwindel. Zunächst sind in ihnen nicht Anhänger aller bürgerlichen Parteien vertreten, denn die Arbeiter nationalliberaler, freisinniger oder demokratischer Couleur, die sich ihnen angeschlossen haben, kann man an den fünf Fingern einer Hand abzählen. Das Gros der christlichen Gewerkschaftler besteht eingeständenermaßen aus katholischen Zentrumsarbeitern, wozu denn noch ein verhältnismäßig kleines Häuflein evangelischer Arbeiter christlich-sozialer-antisemitischer Schattierung kommt. Wohl steht den Anhängern aller bürgerlichen Parteien der Zutritt offen — wie ja auch die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften jeden Arbeiter aufnehmen, ohne nach seinem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis zu fragen — aber es kommen immer nur Arbeiter eines ganz bestimmten Geistes oder Willensrichtung zu ihnen. Dies erklärt sich daraus, daß über jeder, auch der neutralsten Vereinigung von Menschen ein gewisser Hauch liegt, eine mehr oder minder klar ausgeprägte Weltanschauung, der ihr einen bestimmten Charakter verleiht. In diesem Sinne spricht man mit Recht von sozialistischen Gewerkschaften und von diesem Gesichtspunkte aus ist es weiter nichts als eine elende Plunzerei, wenn die christlichen Gewerkschaften von einer Neutralität reden. Man braucht nur ihre Zeitungen zu lesen, um zu merken, daß in der Praxis die vielgerühmte Neutralität gar nicht existiert.

Gleicherweise ist es ein Schwindel, wenn der Artikelschreiber in deutlich erkennbarer Absicht die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als den „ureigensten Zweck“ der christlichen Gewerkschaften hinstellt, als einen Zweck, dem sich alles andere unterordnen müsse. Wenn dies wahr wäre, so bedürften wir keiner christlichen Gewerkschaftsbewegung, denn die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben heutzutage mit der christlichen Weltanschauung nicht das mindeste zu tun. Gerade die Betonung des Wortes christlich und die fortwährende Hervorhebung des Gegensatzes zur Sozialdemokratie beweist deutlich, daß der eigentliche Zweck der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf ganz anderem Gebiete liegt, als auf dem der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aber die Hervorhebung des Neutralitätsstand-

punktes geschieht ja nicht ohne Grund. „Das Prinzip der politischen Neutralität“, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“ sehr richtig, „soll die christlichen Gewerkschaften aus aller Kalamität herausreißen. Nun ist das Neutralitätsprinzip für die Gewerkschaften auch nach unserer Meinung durchaus richtig, aber seine Anwendung auf die Finanzreform scheint uns völlig verfehlt zu sein. Denn die Finanzreform war keineswegs eine rein politische, sie war vielmehr zugleich in hervorragendem Maße eine wirtschafts- und sozialpolitische Frage, da die Interessen der Arbeiter sehr wohl berührt. Es geht nicht an, daß die christlichen Arbeitervertreter in dieser Frage eine direkt arbeitersfeindliche Politik treiben und dann nachher in ihren Gewerkschaften erklären: „Ihr habt hier nicht dreinzureden, wir verweigern die Anstalt.“ Die Arbeiter können darauf mit Recht erwidern, daß ihre Führer sich in der Frage der Finanzreform unter keinen Umständen hinter das Neutralitätsprinzip verschansen dürfen, nicht nur, weil dieses Prinzip die Haltung der Abgeordneten in der Finanzfrage sachlich gar nicht deckt, sondern vor allem auch deshalb, weil die christlichen Arbeitervertreter ja gerade während der Finanzaktion sich gegenüber den politischen Parteien in ein Maß von Abhängigkeit begeben haben, wie es mit dem Neutralitätsprinzip sicherlich nicht vereinbar ist. Und damit kommt man auf den Kern der Sache. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Arbeiterabgeordneten des Zentrums Anhänger der Erbschaftsteuer auf Kinder und Vatten waren und daß sie nachher trotzdem gegen diese Besteuerung gestimmt haben, weil die parteipolitischen Gesichtspunkte des Zentrums ihnen wichtiger waren als alle finanz- und sozialpolitischen Gründe. Sie haben damit deutlich dokumentiert, daß sie bei einem Widerstreit der Parteiinteressen des Zentrums und der Arbeiterinteressen sich auf die Seite der Partei und nicht der Arbeiter schlagen, und das ist allerdings eine Stellungnahme, für die sie den Arbeitern Rechenschaft schuldig sind. Man verhöhnt die Arbeiter, wenn man sie ihnen verweigert.“

Die Rechtfertigungsversuche der Giesberts und Komparten sind in der Tat weiter nichts als eine Verhöhnung der christlichen Schäflein. Das werden wir nachweisen.

Löhne und Arbeitszeit der organisierten Maler in Newyork.

Im amerikanischen Bundesstaat Newyork waren am 30. September 1907 15 320 Maler und Angehörige verwandter Berufe organisiert, die sich auf 109 Ortsvereine verteilten, und zwar 103 Ortsvereine des Zentralverbandes Brotherhood of Painters, Decorators and Paperhangers of America; 4 Ortsvereine der National Alliance of Amalgamated Painters, die sich mittlerweile dem Zentralverbande angeschlossen, und zwei selbständige Ortsvereine mit geringer Mitgliederzahl. Die von den Gewerkschaften geforderten oder in Tarifverträgen mit den Unter-

Die Ausstellung bemalter Wohnräume in München 1909.

II.

An dem Wohnraum sind nicht weniger als fünf Malermeister beteiligt! Es paßt beinahe das schöne Sprichwort: „Viele Köche verderben den Brei.“ Dieses Zimmer macht einen etwas nüchternen, ja, man möchte sagen: düsternen Eindruck. Die Möbel, die Türen, überhaupt alles Holz ist dunkelgrau gebeizt, selbst die Bezüge des Sofas, der Stühle etc. haben dieselbe schwere Tönung. Wenn wenigstens die Wände und die Decke in kräftiger, lebhafter Farbe wären; aber sie schauen in kaltem Weiß melancholisch auf uns herab. Nur eine kleine in gelb gemalte Quirlande zieht sich schüchtern oben an den Wänden entlang. Das hohe Paneel aus Binnenschleifwerk ist in etwas lichterem Grau behandelt. Auch eine hellere, lebhaftere Farbe der Bezüge des Sofas usw. hätte sofort dem Zimmer eine gemüthlichere Stimmung gegeben. Oder sollte diese drückende, schwere Stimmung beabsichtigt sein? Sollte sie symbolisch ausdrücken, daß an dem Himmel des bürgerlichen Mittelstandes finstere Gewitterwolken ziehen, daß er schwer zu ringen hat um seine Existenz und keine Neigung da ist, selbst im Wohnzimmer, im Zimmer des Ausruhens, des Herstreutens nach des Tages Last und Mühe, sich sorgloseren Gedanken hinzugeben?

Das Badezimmer ist eine gute, einfache Arbeit. Das Paneel ist dunkelgrün, durchzogen und gespritzt, mit senkrechten, weiß schablonierten Freisen in Füllungen geteilt. Eine Reihe von ovalen, beinahe schwarzen Füllungen zieht sich oben auf dem Paneel entlang; mit vorzüglichem Geschick und in flotter einfacher Manier sind auf diesen Ovalen mit Weiß Seeperle, Muschel, Seeperle usw. aus dem Grund herausgeholt. Auch steht der Ofen und die Wanne, beide in Weiß gehalten, mit grüner Farbe, nicht wie meistens üblich, fremd im Raum.

Das Schlafzimmer zeigt einen Versuch der Behandlung der Wände in besonderer Art, indem mit vorwiegend graublauen und violetten Farben schlanke Rankenmuster nach in nach auf die ganze Fläche gemalt wurden. Bei oberflächlichem Uebersehen erinnern diese große Ranken mit flüchtig aufgemalten hellen Kreisen an Pfauenfedern. Man kann eine gewisse Stimmung diesem Zimmer nicht absprechen. Die Wände wirken neblig und mahnen unwillkürlich an Morgen- und Abendstimmung, an die Zeit „wenn die Nebel steigen!“ Die Hohlkehle, im gelblichen Ton, zeigt auch einen Versuch, Marmor zu

„stilisieren“. Als Abschluß der Wand sind auf der Hohlkehle kleine Kränze in äußerst einfacher Manier gemalt. Alles in allem kann man nur wünschen, daß der Maler sich nicht entmutigen läßt durch die Unkenrufe, sondern ruhig weiter versucht, mehr Vollkommenheit und Präzision zu erreichen.

Die Paneelproben im Vorplatz und Treppenhause sind durchweg gut zu nennen in ihrer Farbe und stoffartigen Technik, speziell die gelb-graue Probe mit ihren kleinen ovalen Füllungen. Die Türen sind nicht holzartig gemalt, sondern deuten höchstens in dem Durchziehen auf Holzadern hin. Diese Versuche sind recht problematischer Natur. Sie wirken unschön und ist wohl kaum anzunehmen, daß sie zu einem vollkommenen Resultat führen werden. Deshalb soll übrigens der Maler nicht zeigen, daß er Holz und Marmor getreu nachahmen kann? Es wird doch von ihm verlangt, daß er so manches naturgetreu malen und imitieren soll!

Der Salon erscheint etwas eigenartig; es fehlt ihm das Einheitliche. Da sind die Möbel in Pflanschbaum mit zu breiten schwarzen Einlagen resp. Leisten, die Ummantelung des niedrigen Einrahmens besteht aus ganz grünen imitierten Kacheln, die Wände haben kräftiges Rosa, während die stark mit dem Beßen getupelte Decke, kassettentartig geteilt, in vorwiegend kalten Farben gehalten ist. Die Musterung der Wände (Satur) ist in unregelmäßiger Weise ausgeführt. Das Muster hat entschieden Ähnlichkeit mit Gebärmern! Die Wände sind geteilt durch senkrechte gelbliche, auf beinahe schwarze Striche gemalte Perlen. Auf der von den Veranstalter der Ausstellung herausgegebenen einfarbigen (schwarzen) Postkarte, die die perspektivische Ansicht dieses Salons gut wiedergibt, ist die Wirkung eine viel vorteilhaftere, weil die Farben nicht mehr störend eingreifen. Da wirkt vor allen Dingen das Wandmuster mehr fächerartig, zierlicher.

Die Bauernstube. Der Anblick ist zuzustimmen, daß es unlogisch, daß es unter Umständen geschmacklos ist, wenn wir uns als Städter mit ganz anderen Gewohnheiten und Sitten partout mit Bauernmöbeln und Bauernzierat umgeben wollen, also mit einem Male Bauern sein wollen! Die sogenannte Bauernkunst hat gewiß manchmal ihren besonderen Reiz, der hauptsächlich in der Natürlichkeit besteht. Aber diese Natürlichkeit muß ursprünglich sein; sobald sie gesucht oder gemacht wird, hat sie allen anhaftenden Wert verloren. Es verlohnt sich wohl, der so reichhaltigen, weit zurückreichenden Kunst auf dem

Lande in Deutschland nachzuspüren und ein besonderes Kapitel zu widmen.

Wenn durch die Ausstellung dieser Bauernstube erreicht wird, das alte Gebiet der Möbelbemalung uns wieder zurückzuerobern, so hat sie ihren Zweck erfüllt. Der Schweiß der Ecken wäre es wohl wert gewesen, wenn man gezeigt hätte, wie trotz untrer modernen Zeit eine in bezug auf vornehmer Art reizvolle Bemalung der heutigen Möbel möglich ist. Hoffentlich haben wir die Freude, auf einer der nächsten Ausstellungen deraarigen zu begegnen! Im übrigen ist die Bemalung der Möbel Türen, die ganze Einrichtung mit ihren vielen kleinen Nebensächlichkeiten mit großer Sachkenntnis geschehen. Nur, daß der Maler das Rot, das charakteristische Braunrot, nicht amputiert, ist schade. Das gebrauchte lebhaft Rot paßt nicht hinein, speziell in Verbindung mit Weiß wirkt es zu fremd.

Diese Bauernstube bildet den Abschluß der bürgerlichen Wohnung. Drei Repräsentationsräume verdienen noch der Erwähnung: das Musikzimmer, das Foyer und das Arbeitszimmer eines hohen Staatsbeamten. Auch dem Musikzimmer kann man zweifellos eine gewisse Stimmung nicht absprechen, wenn auch im allgemeinen es schwer fällt, sich damit zu befassen. Die Wände sind im düsternen Violett stoffartig gemalt. Als Abschluß gegen die Decke dient ein breiter grauer Fries mit Figuren und Ornament. Die Decke, ebenfalls der graue Ton vorherrschend, zeigt kassettentartige Behandlung. Der Flügel, die schweren Möbel, die Türen und Fenster haben schwarze Tönung; zwei farbige Hochreliefs, ein Medusenhaupt und die Totenmaske Beethovens erhöhen den Ernst des Zimmers. Hier in diesem Raum macht sich besonders der Mangel an genügendem Tageslicht bemerkbar; dem oberflächlichen Beschauer entgeht die Mühe und die Behandlung der Einzelheiten. So sind zum Beispiel die Türen nicht etwa einfach glatter Anstrich, sondern durch mehrfache Lasuren, Durchziehen usw. bearbeitet. Auch die schmale, weiße Borde auf den Türen ist nicht Schablone, sondern frei gemalt.

Im dem Empfangsraum (Foyer) feiert die plastische Malerei ihre Triumphe; die ganzen Wände werden bedeckt mit reicher Ornamentik und lebensgroßen Figuren. In dekorativer Weise ist diese Arbeit ausgeführt und sieht man gerne über den giftigen Hintergrund, auf dem die graue plastische Materie gearbeitet ist, hinweg. Es ist kein Schade, daß die Freunde

nehmern festgesetzten Löhne sind sehr verschieden. Nach dem kürzlich erschienenen fünfundzwanzigsten Bericht des arbeitsstatistischen Amtes, der sich auf das Jahr 1907 bezieht (seitdem sind keine wesentlichen Veränderungen eingetreten), blieb der Lohnsatz für den Arbeitstag in 21 Ortsvereinen der Maler und Berufsge nossen unter 2.50 Dollars zurück, 2.50 bis 3 Dollars betrug er in 45 Ortsvereinen und über 3 Dollars in 43 Ortsvereinen. Bei einigen Ortsvereinen sind mehrere Lohnsätze angegeben; in solchen Fällen wurde hier immer der niedrigste Satz in Betracht gezogen.

Wichtiger ist aber der tatsächliche Verdienst, der sich bei Berücksichtigung des Lohnausfalles infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Streiks usw. einerseits und der Ueberzeitentlohnung andererseits ergibt. Von allen organisierten Malern usw. im Staate Newyork, die überhaupt Auskunft gaben, verdienen

Table with 3 columns: Lohnbereich, im ersten Vierteljahr 1907, im dritten Vierteljahr 1907. Includes rows for 'weniger als 75 Doll.', '75 bis 149 Doll.', '150 bis 224 Doll.', '225 Doll. oder mehr', 'Zusammen', 'Das ganze Vierteljahr hindurch waren beschäftigtungslos', 'Gesamtzahl der Berichtenden'.

Der große Unterschied der Verdiensthöhe in den beiden Zeitabschnitten ist sehr leicht daraus zu erklären, daß im ersten Vierteljahr die Bautätigkeit flau, im dritten Vierteljahr aber rege war, sodaß auch viel mehr Arbeiter die ganze Zeit beschäftigt waren und ein Teil von ihnen Ueberstunden machte. Die 385 während der Monate Juli bis September „beschäftigungslos“ gewesenen Kollegen sind nicht Arbeitslose, sondern solche, die wegen Krankheit, Invalidität oder Streiks unbeschäftigt blieben. Die im Baugewerbe tätigen Maler und Dekorateur hatten im dritten Vierteljahr einen durchschnittlichen Tagesverdienst von 3.50 Dollars; mehr als 3.50 Dollars machte der durchschnittliche Tagesverdienst nur in Newyork-Stadt aus, und zwar in den Bezirken Brooklyn (3.64 Dollars), Manhattan (4.02 Dollars) und Bronx (4.09 Dollars).

Die normale oder tarifliche Arbeitsdauer ist vorwiegend die 44- bis 48-Stundenwoche; eine längere als 48stündige Arbeitswoche galt im Gebiet der folgenden Ortsvereine der Bruderschaft der Maler, Dekorateur und Tapezierer: 52 Stunden: Nr. 824, Freeport; 53 Stunden: Nr. 792, Wallston Spa; Nr. 466, Glens Falls; Nr. 212, Liberty; Nr. 900 Millbrook; Nr. 340, Port Jefferson, und Nr. 993, Waterford; 54 Stunden: Nr. 201, Albion; Nr. 151, Baldwinsville; Nr. 619, Bababaria; Nr. 45, Buffalo*; Nr. 202, Canandaigua; Nr. 335, Corinth; Nr. 232, Corning; Nr. 939, Cortland; Nr. 245, Dunkirk; Nr. 179, Geneva; Nr. 463, Hoosick Falls; Nr. 101, Hornell; Nr. 829, Hudson; Nr. 498, Jamestown; Nr. 588, Luzerne Habley; Nr. 975, Mechanicville; Nr.

* In der Stadt Buffalo wird gewöhnlich 48 Stunden wöchentlich gearbeitet; Ausnahmen sind die Ortsvereine Nr. 45 und 615.

716, Newyork-Brooklyn (nur die Lackierer, die Maler arbeiten wöchentlich 44 Stunden); Nr. 476, Nord-Tonawanda; Nr. 434, Norwich; Nr. 664, Nyack; Nr. 657, Ogdensburg; Nr. 418, Olean; Nr. 707, Oneida; Nr. 489, Plattsburg; Nr. 713, Port Jervis; Nr. 756, Saranac Lake; Nr. 367, Seneca Falls; Nr. 173, Watertown; Nr. 235, Rochester (Lackierer) und Nr. 615, Buffalo (Lackierer, arbeiten teils 48, teils 54 Stunden); 55 Stunden: Nr. 644, Schenectady (Metalllackierer). Mehr als 55 Stunden beträgt die normale oder tarifliche Arbeitswoche der Maler im Staate Newyork nirgends. Fast alle Ortsvereine mit 52- bis 55stündiger Arbeitswoche sind solche in kleinen Landstädten.

Im Laufe des Verwaltungsjahres 1907 setzten in Newyork (Staat) 3907 organisierte Maler und verwandte Berufsge nossen Lohn erhöhungen durch; der Betrag der Lohnerhöhung stellte sich für den Arbeiter in der Woche auf durchschnittlich 2.10 Dollars, er war also verhältnismäßig hoch. An Lohnerhöhungen nach Streiks hatten 150 Maler teil, die übrigen erzielten die Verbesserung der Löhne ohne Arbeitseinstellung. — Die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit hatte 1907 in diesem Gewerbe nur bescheidene Erfolge; es wurde die Arbeitsdauer von 200 Malern (in acht Orten) um durchschnittlich fünf Stunden in der Woche verkürzt. Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen kamen nicht vor.

Die Aufnahmegebühr, welche von den Kollegen gefordert wird, die im Staate Newyork der gewerkschaftlichen Organisation beitreten, ist von recht ungleicher Höhe, da ihre Festsetzung Sache der Ortsvereine ist, die nur 1 Dollar für jedes neuaufgenommene Mitglied an die Hauptkasse abführen. Der Gesamtbetrag der Aufnahmegebühr machte im Jahre 1907 in 35 Ortsvereinen der Maler usw. mindestens 25, aber weniger als 30 Dollars aus, in 13 Ortsvereinen 15 bis nicht ganz 25 Dollars, in 40 Ortsvereinen 10 bis nicht ganz 15 Dollars, in 14 Ortsvereinen 5 bis nicht ganz 10 Dollars und in 5 Ortsvereinen weniger als 5 Dollars. Zwei Ortsvereine gaben keine Auskunft. Die höheren Aufnahmegebühren werden gewöhnlich in Teilbeträgen bezahlt. — Die regelmäßigen Beiträge bewegen sich in der überwiegenden Mehrheit der Ortsvereine zwischen 40 und 65 Cents im Monat (Zentralverband und Ortsbeitrag); im Durchschnitt macht der Monatsbeitrag 55 Cents aus, also ungefähr 2.30 Mt. — Etwa nach Amerika reisenden Verbandskollegen ist dringend zu empfehlen, daß sie sich vor Annahme einer Arbeit bei dem Vorstande des betreffenden Ortsvereins melden, da ihnen sonst Schwierigkeiten erwachsen könnten.

Der finanzielle Dalles im Gau II des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe (Rheinland-Westfalen).

Aus dem Rechenschaftsbericht, der dem am 12. Septbr. in Aachen stattgefundenen Verbandstag vorgelegt wurde, sind wir in der Lage, folgendes zu entnehmen: In der Geschäftsperiode vom 30. Juni 1908 bis 1. Juli 1909 ist die Zahl der Ortsverbände von 24 auf 38 gestiegen, trotzdem ist der Mitgliederstand von 1703 auf 1637 zurückgegangen. Die beim Voranschlag berechnete Lohnsumme von 10 Millionen ist auf 8 Millionen zurückgegangen infolge der Krisis und der notwendigen Säuberung der beitragsleistenden Mitglieder.

Die Einnahmen betragen Mt. 9942.29, das vorjährige Saldo Mt. 989.37, zusammen Mt. 10 931.66. Die Ausgaben betragen Mt. 10 821.96, sodaß ein Bestand von Mt. 109.70 vorhanden ist. Unrückständigen Beiträgen ist die Summe von Mt. 7464.81 zu verzeichnen. Diese Summe reduzierte der Vorstand auf Mt. 6000, indem er einen Betrag von Mt. 1464.81 als Verlust gestrichen hat.

Auch der Ausfall der zu hoch eingeschätzten Lohnsumme der Ortsgruppe Köln von 1 Million auf 700 000 Mt., mit dem Ausfall von 2000 Mt. Beiträgen, ist im voraus als Verlustkonto gebucht. Aber trotz aller Streichungen bleibt immer noch ein Defizit von Mt. 4447.38 an restierenden Beiträgen. Als ein Delegierter Ausschluß verlangte über das Schuldkonto von Mt. 6000, erwiderte der Geschäftsführer Wenner: „Zunächst kann ich zur Aufklärung mitteilen, daß ich meinen Posten als Geschäftsführer am 1. Oktober 1907 angetreten habe und wurde mir damals ein Gehalt von 5000 Mt. bewilligt. Bis jetzt stehen mir somit 10 000 Mt. an Gehalt zu, wovon ich 4000 Mt. erhalten habe. Der Beitrag zum Hauptverband muß abgeführt werden, an den Ausgaben ist somit nichts zu ändern. Der Geschäftsführer ist nach wie vor bereit, Duldsamkeit mit seinem Gehalt an den Tag zu legen. Wenn Sie, meine Herren, den Wunsch haben, ein Defizit zu vermeiden, so habe ich es in demselben Maße und liegt dieses in Ihrer Hand, ich habe Ihnen den Weg dazu angegeben. Uebrigens ist die Sache nicht so schlimm, als sie angenommen wird. Alles, was wir zu zahlen haben, ist der Beitrag an den Hauptverband, alles andere kann noch verschoben werden. Allerdings müssen nunmehr die im Voranschlag aufgestellten Einnahmen unter allen Umständen hereingebracht werden und wenn Sie das tun, dann brauchen wir um unsere Finanzen nicht so sehr besorgt zu sein.

Für Befundung der ganzen Finanzverhältnisse des Verbandes möchte ich Ihnen folgenden Vorschlag machen: Sie wissen, daß wir schon in den verschiedenen Ortsverbänden von Zeit zu Zeit an unsere Lieferanten herantreten sind, und zwar hauptsächlich dann, wenn es sich um Lohnbewegungen handelt. Wir haben verlangt, daß sie uns unterstützen und zwar dadurch, daß sie keine Materialien an die Geschäfte liefern, während eines Lohnkampfes liefern. In einigen Ortsverbänden ist die Händlerchaft auf den Vorschlag eingegangen, aber ein greifbares Resultat wurde dadurch nicht erzielt. Wir sind nunmehr erneut an die Händler herantretend mit dem Gedanken, uns ihre Unterstützung nicht nur im Ernstfalle, sondern bereits in Friedenszeiten zuzusichern. Wir wollen die Mitglieder unseres Verbandes verpflichten, nur bei solchen Händlern zu kaufen, die der Händlerorganisation angehören; dafür wollen wir an die Händler Legitimationstärken ausgeben, wodurch eine Registrierung des Warenumsatzes unserer Mitglieder möglich wird, der uns einen ganz beträchtlichen Prozentsatz an Beiträgen für die Kasse liefert. Ich werde Ihnen nachträglich einen Antrag unterbreiten, der Ihre Zustimmung zu unserm Vorschlage gibt, und zwar soll derselbe bereits am 1. Oktober in Kraft treten. Dann kommt es einzig und allein auf Sie an, ob diese Maßregel zu einer unerschöpflichen Quelle von Beiträgen für uns wird.

Es ist uns einzig und allein nur zur Pflicht gemacht, die Bestellungen, die wir machen, davon abhängig zu machen, daß sie Mitglieder des Verbandes werden.“

Von einem Vertreter wurden Bedenken erhoben gegen die Annahme der Gelder von der Händlerchaft, indem es sich nicht passe, solche Wucherer als Beitrag für den Arbeitgeberverband einzuführen. Darauf erwiderte Herr Wenner, daß man sich in diesem Punkte nicht vom Gefühl leiten lassen dürfe, „denn die Hauptsache ist immer der Mammon; im übrigen ist der Ihnen unterbreitete Vorschlag eine durchaus reelle Sache (?), weshalb sollen wir nicht zugreifen?“

Einem weiteren Antrag auf Eintragung des Verbandes in das Handelsregister wurde ebenfalls die Zu-

an der plastischen grauen und bunten Malerei nicht nur allein beim Publikum, sondern vor allen Dingen auch beim Maler selbst wieder geweckt wird. Die Decke ist mit gutem Recht glatt weiß gehalten, das niedrige Paneel im „stilisierten“, vorwiegend grauen Marmor mit grünen Adern. Die zierlichen Möbel prägen in Gold; der ganze Raum erinnert an die vergangenen Zeiten des Louis seize-Stil (Ludwig XVI.).

Arbeitszimmer eines hohen Staatsbeamten. Ein fein zusammengestimmtes, mit Gold belebtes Muster bedeckt die Wände; ein Bruchstück von Warmorimitation stellt der Kamin dar. Warum war in der Ausstellung nicht eine Holzimitation in ähnlicher Vollkommenheit zu sehen? Auf die in tiefem Blau eingestrichene Decke ist ein riesiger Kranz gemalt mit hellen und weißen Blumen; er steht unparteiisch ab von den anderen Malereien, speziell dem Wandmuster, durch seine brutale Ausführung in Form und Farbe. Er erinnert sehr im Charakter an die Bauernstubenmalerei. Der Ernst und die Würde ist sonst ganz gut getroffen, die einem beratigen Zimmer anzuhaften hat.

In dem langen Kreuzgang sind die Türen erwähnenswert in ihrer Behandlung; auf den „stilisierten“ Vogelaugenhorn-Füllungen sind Blumen- und Fruchtkörbe usw. in geschickter Art mit Schwarz pastos aufgemalt. In reicher Verschiedenartigkeit ist dieser Kreuzgang ausgestattet mit Kistern, Trüben, Bildern, Wappen, Figuren, Zinn- und Messinggegenständen, bemalten Schränken usw. Leider fehlen multergültige moderne Sachen; fast alles ist alter „Museumstram“. Die hier aufgestellten bemalten Möbel sind entschieden besser und nicht so aufdringlich und groß in ihrer Wirkung. Auch Stützen und Entwürfe für Dekorationsmalereien, hauptsächlich Aquarelle, darunter Entwürfe für den Eingang zur Ausstellung zieren die Wände des Kreuzganges. Einige Gobelins zeigen die Vielseitigkeit des Dekorationsmalers. Ebenfalls kommt die kirchliche Malerei zu ihrem Recht: den Abschluß des Kreuzganges, in dem vor Hunderten von Jahren hübsche Mönche schritten, bildet ein Altar, Heiligenbilder usw. An den einzelnen Klappendecken sind aus freier Hand gemalte, gut abgestimmte Ornamentstücke, Blumenvasen usw.

Auch die Fachschule des Münchener Malermeistersverbandes hat einige ihrer Arbeiten ausgestellt. Einige sehr gute Holzproben verdienen Erwähnung. Eine äußerst bedeutende Seite der Ausstellung ist der Raum der Materialien-Prüfung.

Kommission. Die Ergebnisse dieser Kommission geben eine einbringliche Sprache. Unwillkürlich wird sich die Mehrzahl der Fachgenossen sagen müssen, daß sie im Grunde der Zeit das so ungemessen wichtige Gebiet der technischen Hilfsmittel, des Materials, der Chemie im Beruf vollständig vernachlässigt und sich einzig und allein auf den Farbenhändler verlassen haben. Reichhaltig und lehrreich sind die verschiedensten Proben, die angestellt wurden mit Bleiweiß im Gegensatz zu Grisborca, Diamantweiß, Siederoften-Lubrose usw. Der Wert der Proben liegt auch darin, daß Monate und Jahre die Materialien beobachtet wurden auf ihre Haltbarkeit, Beständigkeit, Lichtechtheit. In objektiver, einwandfreier Weise läßt sich feststellen, daß das Bleiweiß vollwertigen Ersatz heute schon hat.

Diese Beobachtungen der Materialien bieten eine Fülle des Interessanten: Proben von Mennige, Umbra usw. im Gegensatz zu Ersatzmitteln, die Haltbarkeit von Knochenweiß, auf 100 Grad Celsius erhitzt, usw. usw. Da ist ein Blumenstrauß, mit Dr. Fiedlers Dekorations-Delfarben gemalt. Die eine Hälfte war acht Monate einer schwefelwasserstoffhaltigen Luft ununterbrochen ausgesetzt. Nach dem Abwaschen haben die Farben dieselbe Frische, dasselbe Feuer, wie die andere, der normalen Luft ausgesetzte Hälfte. Die verblüffendsten Resultate erzielte die Kommission mit der Erprobung der Farben auf ihre Kalt- bzw. Allkaliendeständigkeit (Alkalien sind Oxide und Hydroxide der Alkalimetalle: Kalium, Natrium, Lithium usw. und wirken ätzend). Desgleichen sind die Verdunstungsunterschiede zu sehen von reinem Terpentin und seinen Ersatzarten; diese Proben sind durchschnittlich zwei Jahre alt. Da ist das echte französische Terpentin dasjenige, das den Rang behauptet. Am schlimmsten ist das Ersatzmittel Resquin dran. Ferner sind Proben vorhanden der Einwirkung von Terpentin und dessen Ersatzmitteln auf französisches Schriftlack (6 Monate an der Luft gestanden). Das Sangajol und Dapentin haben am verheerendsten gewirkt, während natürlich französischer Terpentin noch innig und klar mit dem Lack verbunden ist. Wenn man diese praktischen Resultate betrachtet, so muß man sich höchst erstaunt fragen, wie es möglich ist, daß auf dem vom 8. bis 11. August in Dresden abgehaltenen Verbandstag des Arbeitgeberverbandes Chemikerandes (Wien) in seinem Referat über „Terpentin-Ersatzprodukte“ behaupten konnte, daß es der deutschen Chemie

gelungen sei, im Sangajol ein Ersatzmittel zu finden, das geeignet sei, das teure Terpentin vollständig zu verdrängen! Sogar Prof. Dr. Eibner (München), Vorsitzender der Farbenbuch-Kommission, schloß sich im allgemeinen dem Vortragenden an. Die Befähigung des Sangajols sei fast genau dieselbe, wie die des Terpentins und viel größer als die der bisher verwendeten Benzine. Dieser Widerspruch zwischen Theorie und Praxis fällt auch dem Berichterstatter der „Berliner Malerzeitung“ auf, indem er sich darüber folgendermaßen äußert:

„Wenn man einen Vergleich zieht zwischen den Behauptungen der beiden Referenten und den Vergleichsobjekten mit den von der Materialienprüfungs-kommission in München hergestellten Versuchen in der Ausstellung bemalter Wohnräume, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die akademischen Erörterungen mit den praktischen Erprobungen nicht übereinstimmen.“

Unter dem vielen Interessanten, was diese praktischen Untersuchungen bieten, sei noch zuletzt die Probe mit den Keimischen Mineralfarben erwähnt. Ein auf einer Holzfläche mit diesen Farben gemalter Fruchtkorb wurde zehn Monate lang einer stark ruffhaltigen Luft ausgesetzt. Nach dem Abwaschen hatten die Farben dieselbe Frische wie zuvor.

So bietet die gesamte Ausstellung eine Fülle von Anregungen, Beispielen und praktischen Winken für den Sachmann sowohl als auch für den Laien. Die Gehilfenchaft ist die letzte, die aus wohlverstandenen eigenen Interesse schon, nicht freudig in ihren Kräften steht, nicht tatkräftig unterstützen würde, die darauf hinauslaufen, unser gewiß schönes und vielseitiges Malergewerbe wieder zu neuer Pracht und zur Solidität emporzubringen. Haben wir nicht seit Jahren unter den schwierigsten Umständen und Verhältnissen, unbekümmert um die fast allgemeine Gegnerschaft, nicht zum letzten der Untergang, für eine sorgfältige Ausbildung der Lehrlinge, für eine solidere Arbeitsmethode gekämpft? Haben wir nicht die auf eine Besserung in unserem Gewerbe hinzuleitenden Vorkerungen von Männern, ganz gleich aus welchem Lager, vorurteilslos in die Masse unserer Kollegen getragen.

Auch der Satz bleibt immer noch „zu Recht beistehn“: „Eine gut entlohnte, intelligente, geistig nicht verkümmerte, freie Gehilfenchaft läßt die blauen Wunderblume des Gewerkes nicht verdorren!“

Stimmung gegeben, und so dürfte dann das Gehalt des Sekretärs vom Gau II auch dann, wenn die Summe sich verdoppeln sollte, durch die Gastpflicht der Mitglieder des Hauptverbandes auf alle Zeiten gesichert sein.

Die weiteren Verhandlungen, insbesondere das Referat des Herrn Hansen, werden wir in nächster Nummer bringen.

Verbot der Bleiweißverwendung bei der städtischen Hochbau-Deputation in Berlin.

Dass sich jene Körperschaft zu dem von uns schon bekannt gegebenen Verbot aufgeschwungen hat, ist selbstverständlich von jedem nur zu begrüßen, dem das Leben und die Gesundheit großer Erwerbsgruppen am Herzen liegt und der sich nicht in der Beurteilung sozialer Maßnahmen von eigensüchtigen, egoistischen Motiven leiten lässt. Jene Stellungnahme der Hochbau-Deputation zur Bleiweißverwendung ist wohl nicht zum geringsten auf die unermüdete Agitation, die von unserm Verbande aus getrieben wird und in wirksamer Weise Unterstützung von der Ortskrankenkasse der Maler Berlins findet, zurückzuführen. So hatte die Generalversammlung dieser Klasse einstimmig beschlossen — Arbeitnehmer und Arbeitgeber — folgende vom Mandanten der Klasse ausgearbeitete Resolution an die maßgebenden Behörden zu senden:

„In den Berufsgruppen, die in Berlin am meisten unter Bleivergiftungen zu leiden haben, gehört die Arbeiterschaft der Maler, Anstreicher und verwandten Berufsgenossen. Bei unserer Krankenkasse, die im Jahre 1908 einen durchschnittlichen Mitgliederbestand von 4992 Malern und Anstreichern aufwies, kamen 298 mit Erwerbsunfähigkeit einhergehende Fälle von Bleivergiftung (Weißblei) zur Anmeldung, die 1323 Krankentage veranlassten, während die gewiss große Anzahl berer, die an einer durch Bleivergiftung verursachten Magen- oder Nierentranke litten, in obiger Zahl noch nicht berücksichtigt ist.

Von den 54 Sterbefällen der Maler und Anstreicher hatte unsere Kassa im Jahre 1908 allein 10 Todesfälle an Bleivergiftung zu verzeichnen.

Verursacht werden die Vergiftungen durch die Verwendung von Bleiweiß oder bleihaltigen Farben. Bei allen größeren Bauten, bei denen Türen oder Fenster in weißer oder heller Farbe gehalten werden, besonders aber bei jenen, bei denen die Wände mit Delfarbe weiß oder hell gestrichen werden, ist stets ein gefährliches Auftreten von Bleivergiftungen unter den dabei beschäftigten Arbeitern zu beobachten.

Da die Versuche, durch verschiedene Maßnahmen die Zahl der Bleivergiftungen bei mit Bleiweiß arbeitenden Gehilfen zu verringern, nirgends zu befriedigenden Resultaten geführt haben, so haben zahlreiche Behörden des Auslandes bereits die Anordnung getroffen, daß bei auf ihrer Rechnung (sei es in eigener Regie, sei es durch Unternehmer) auszuführenden Bauten oder Renovierungsarbeiten bleihaltige Farben nicht angewendet werden dürfen. Der heutige Stand der Technik gestattet aber auch den vollkommenen Ersatz bleihaltiger Farben durch bleifreie. Der Anstrich mit bleifreien Farben steht, wie vielfache Erprobung gezeigt hat, weder im Aussehen noch an Dauerhaftigkeit dem mit Bleiweiß irgendwie nach und kommt auch um nichts teurer als dieser. In Oesterreich und Frankreich darf bei allen auf Kosten des Staates auszuführenden Bauten sowie in den Werkstätten des Staates Bleiweiß nicht mehr verwendet werden. Die meisten französischen und österreichischen Stadtverwaltungen haben schon seit längerer Zeit ein Bleiweißverbot für alle auf ihre Kosten auszuführenden Bauten beschlossen. In Belgien besteht ein solches Verbot für die Ministerien des Justiz- und Kriegsministeriums. Auch der Schweizer Bundesrat hat ein solches Verbot für alle auf öffentliche Kosten auszuführenden Arbeiten erlassen.

Wir wenden uns nun auf den einstimmigen Beschluß der Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Maler und verw. Gewerbe vom 19. April 1909 (Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer) und unter Hinweis auf die Häufigkeit der Bleivergiftungen in Berlin, sowie unter Hinweis auf das Vorliegen auswärtiger Behörden an den hiesigen Magistrat (an das hiesige Ministerium für Handel und Gewerbe) mit dem Ansuchen, künftig bei allen unter ihrer Leitung, sei es in eigener Regie auszuführenden, sei es durch Ausschreibung zu vergebenden Bauten die Anwendung von Bleiweiß zu untersagen und unter die Lieferungsbedingungen von zu vergebenden Arbeiten die Anwendung bleifreier Farben (Zinkweiß, Lithopone usw.) und das Verbot der Bleiweißverwendung aufzunehmen.

Unser Verbot für alle auf öffentliche Kosten auszuführenden Arbeiten erlassen.

Wir wenden uns nun auf den einstimmigen Beschluß der Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Maler Berlins einstimmig gutgeheißenen Eingabe resp. Resolution ebenfalls den einzig richtigen Schluß: Weg mit dem giftigen Bleiweiß!

W. W.

Lohnbewegung.

Bezug ist fernzuhalten nach: Amshorn und Schneidemühl.

Aus unserem Berufe.

Kalkulationen der Magdeburger Arbeitgeber.

Das Malergewerbe kann mit Recht als das Gewerbe bezeichnet werden, das (auch in Magdeburg) in den letzten Jahren die kräftigsten Submissionsblüten aufzuweisen hat. Besonders wird man bei derartigen Preisangeboten unwillkürlich an den bekannten Ausspruch des Baurats Erlwein, jetzt in Dresden, erinnert, daß „das Malergewerbe tatsächlich auf den Hund gekommen ist“. Vor Jahren konnte unser Gewerbe noch Anspruch darauf erheben, ein Kunsthandwerk zu sein, und auch heute noch verweist man bei Meisterkreisen darauf hin, daß wir uns nicht mit den anderen Bauberufen vergleichen könnten, da wir ein „Kunstgewerbe“ ausüben. Nichtiger angebracht wäre dagegen hier nicht der Ausdruck „Kunstgewerbe“, sondern verhungertes Gewerbe. Die verschiedenen Preisangebote spotten jeder

Arbeitslosen-Statistik aus dem 2. Bezirk für den Monat Juli 1909.

Filiale	Zahl der Mitglieder	Zahl der Befragten	Zahl der Arbeitslosen				Zahl der in anderen Berufen Beschäftigten	Zahl der Tage wegen			Zahl der Tage auf pro Kopf			Lohnverlust			Lohnverlust pro Tag und Kopf
			wegen Arbeitsmangel	wegen Mitternachtsruhe	wegen Krankheit	Frankheit		Arbeitsmangel	Mitternachtsruhe	Frankheit	der Befragten	der Arbeitslosen	der Franken	wegen Arbeitslosigkeit	wegen Krankheit	Insgesamt	
Cassel	643	387	34	—	9	8	728	—	110	2,0	21,4	12,0	2055,23	474,56	2529,79	4,21	
Darmstadt	694	587	23	—	24	11	330	—	344	0,8	14,3	14,3	1551,—	1616,80	3167,80	4,70	
Frankfurt a. M.	2438	2108	143	6	37	31	1034	10	465	0,7	7,2	12,6	4950,31	2205,93	7156,24	4,85	
Mainz	571	543	51	—	24	30	905	—	235	2,1	17,6	9,8	4108,70	1066,90	5175,60	4,84	
Wiesbaden	809	753	177	—	17	47	2987	—	271	4,3	16,8	16,0	19736,60	1253,70	21000,30	4,60	
	5154	4380	428	6	111	127	5934	10	1425	—	—	—	26401,84	6617,89	33019,73		

Beschreibung: Decken auf Neubauten in „Kilovoller“ Ausführung 2,50 Mk. bis 5,00 Mk. und die Preise für Delfarbenanstriche schweben ebenfalls in den denkbar niedrigsten Preislagen, schon deshalb, weil Sandpapier und Kitt gleich in der Farbe enthalten sind.

Die Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes hat diese Schäden unseres Berufes schon hart empfunden. Einem ihrer Mitglieder trat auch im Stadtparlament für eine zeitgemäße Reform des Submissionswesens ein und stellte einen dementsprechenden Antrag, der angenommen wurde. Der Oberbürgermeister teilte gleichzeitig mit, daß eine Regelung der Submissionsbedingungen in Vorbereitung sei und daß der Versammlung demnächst eine Vorlage zugehen werde. Man hat diese Angelegenheit vor reichlich einem Jahre einer Kommission überwiesen, die noch nichts wieder hat von sich hören lassen. Dessen ungeachtet in der damaligen Sitzung von den sozialdemokratischen Vertretern den Unternehmern entgegengehalten, daß die Unternehmerorganisationen auf dem Gebiete des Submissionswesens noch viel Erziehungsarbeit an ihren Mitgliedern zu leisten hätten. Wenn sie sich ebenso wie die Arbeiter in erster Linie mit der Festlegung der Arbeitsbedingungen ihren Arbeitgebern gegenüber und weniger mit einer groß angelegten Bekämpfung der Arbeiter beschäftigen würden, wäre manches anders. Diese Ausführungen bezüglich der noch zu leistenden Erziehungsarbeit an den eigenen Mitgliedern treffen aber auch besonders auf den Arbeitgeberverband für das deutsche Malergewerbe zu.

Vor kurzem wurden die Anstricharbeiten der beiden Magdeburger Elbbrücken von der Stadtverwaltung ausgeschrieben. An der Königsbrücke differieren Mindest- und Höchstgebot zwischen 4251 und 11.691 Mk. und an der Strombrücke zwischen 2568 und 5849 Mk. Die Firma Willi Böhme, Mitglied des Arbeitgeberverbandes, die auf dem Gebiete der niedrigsten Angebote bei Submissionsausreibungen in Magdeburg zur Genüge bekannt ist, führt diese Arbeiten für den Mindestpreis aus. Die Tarifüberwachungskommission hat sich in einer Sitzung ebenfalls mit dieser Submissionsentartung beschäftigt und haben sich sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber auf den Standpunkt gestellt, daß von einer sachmännischen Kalkulation nicht die Rede sein kann. Der Arbeitgeberverband ist auf diesem Gebiete selbst seinen eigenen Mitgliedern gegenüber ziemlich machtlos. Die Ortsgruppe Magdeburg hat wohl deshalb zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen eine Abänderung des § 8, Absatz 2, beantragt, die folgendermaßen lautet: „Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, zur Beseitigung der Schmutzkonkurrenz sich zu unterstützen. Hat ein Meister, gleichgültig, ob er ein Mitglied des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe ist oder nicht, wiederholt Aufträge unter den örtlich festgesetzten Preisen übernommen, so ist über das Geschäft die Sperre zu verhängen.“

Da bekanntlich bei einer Sperre die Gehilfenorganisation in der Hauptfrage der ausführende Teil ist, will man, daß unserselbst die Kaskanien aus dem Feuer geholt werden sollen. Wir werden natürlich, ehe wir einem derartigen Antrag unsere Zustimmung geben, gewisse Gegenverbindlichkeiten fordern. Im übrigen empfehlen wir den Arbeitgeberverbänden etwas mehr Erziehungsarbeit an ihren eigenen Mitgliedern und etwas weniger Scharfmacherei, wie sie wiederum auf der Dresdener Hauptversammlung beliebt worden ist. Dann wird man auch in der Lage sein, die Schmutzkonkurrenz wesentlich einzudämmen und unser Gewerbe wieder in die Höhe zu bringen.

Berufsunfall. In Wanneimertort bei Duisburg ereignete sich in vergangener Woche in der im Bau befindlichen evangelischen Kirche ein schweres Unglück. Dort stürzte ein zur Mauerung des Gewölbes aufgestelltes Gerüst zusammen. Zwei Anstreicher aus Düsseldorf, die gerade darauf arbeiteten, stürzten in die Tiefe und waren sofort tot.

Versammlungsberichte.

Berlin. Am 26. August tagte im „Gewerkschaftshaus“ im großen Saal eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Kollege Link referierte über: Das neueste Attentat der Berliner Scharfmacher im Malergewerbe gegen Leben und Gesundheit unserer Kollegen. Die Versammlung gestaltete sich zu einem kraftvollen Protest gegen die Abschlichtungsbestrebungen oben bezeichneter Unternehmergruppe wider die noch verbesserungsbedürftigen Arbeiterschutzbestimmungen in unserem Berufe. In seinem Vortrage zeigt der Referent die Entwicklung der Arbeiterschutzgesetzgebung und beweist, daß nur die unermüdete Agitation und das Aufhäufen statistischer Materialien über die Unfälle die Gesetzgebungs-maschine in dieser Richtung vorwärts getrieben hat. So wurden eine Reihe Verbesserungen dem Arbeiterschutzgesetz, und was für uns besonders in Betracht kommt, den Bauarbeiter-schutzbestimmungen, eingefügt. Auf Vorschlag von unserer Seite wurden dann auch die Schutzbestimmungen über Leitertreibungen verbessert, was am 1. Januar 09 Gesetz wurde. Bisher waren es die Unternehmer vom Dachdecker- und Malergewerbe, (die ja bekanntlich die Leitertreibungen in Berlin bauen), die einzelne Vorschriften der §§ 19, 20 und 24 als unausführbar bezeichneten; dieselben seien nicht schützend, sondern unschützend. Diesem Sturm auf schlossen sich hinterher, wie bekannt, dann unsere Arbeitnehmer in würdiger Weise an. Der jetzige Vorkämpfer des Unternehmerverbandes im Malergewerbe forderte nun

im Mai d. J. in der „Berliner Maler-Zeitung“ seine Kollegen auf, alle Strafverfügungen, die in bezug auf die §§ 19, 20 und 24 der Unfallverhütungsvorschriften an sie ergehen sollten, nicht zu zahlen, sondern zwecks Einspruchserhebung an die Geschäftsstelle des „Hauptverbandes der Unternehmer im Malergewerbe“ in Berlin zu senden. Auf dem Bauberufsgenossenschaftstag d. J. in Danzig wurde dann behauptet, die Bestimmungen der oben bezeichneten Paragraphen ruinierten das Handwerk und bildeten eine große Rechtsunsicherheit. Damit erreichte man bei den übrigen Anwesenden die Annahme einer Resolution, die sich gegen die angezogenen Paragraphen wendet und das Reichsversicherungsamt bittet, die betreffenden Bestimmungen außer Kraft zu setzen. Der Referent schließt seinen Vortrag mit einem anfeuernden Appell an die Kollegen, nicht weiter mit ihrer Gesundheit zu schmeicheln, sondern diese reaktionären Bestrebungen der Arbeitgeber im Baugewerbe dadurch zu durchkreuzen, daß sie in erhöhtem Maße wie bisher die Schutzvorschriften beachten, event. durch Arbeitsverweigerung dieselben zu erzwingen versuchen. Das beste Mittel sei jedoch der feste Zusammenschluß aller Kollegen im Verband und jeder kleine Erfolg hierin sei auch eine weitere Sicherung der Bauarbeiterschutzbestimmungen.

Der stürmische Beifall und die einstimmige Annahme untenstehender Resolution, die Kollege Link dem Reichsversicherungsamt einbringen soll, bezeugen die Übereinstimmung der Kollegen mit den Ausführungen des Referenten.

Resolution:

„Die am 26. August d. J. tagende Versammlung des Verbandes der Maler, Filiale Berlin, nimmt von der Tagung der Genossenschaftsversammlung der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft vom 21. und 22. Juni d. J. in Danzig Kenntnis.“

Die Arbeitnehmer des Malergewerbes bedauern die Haltung des Genossenschaftsverbandes insofern, als er einen Antrag der Unternehmer im Malergewerbe, der eine Revision der Unfallverhütungsvorschriften §§ 19, 20 und 24 bezweckt, zur Verhandlung zugelassen hat.

Der Vorstand dürste den Antrag zur Verhandlung nicht zulassen, da derselbe nicht formgerecht eingebracht war.

Die Arbeitnehmer im Malergewerbe ersuchen und erwarten, daß das hohe Reichsversicherungsamt eine Revision der §§ 19, 20 und 24 der Unfallverhütungsvorschriften, wie sie von den Unternehmern versucht wird, nicht genehmigt. Die Revision im Sinne der Unternehmer bedeutet eine wesentliche Verschlechterung des Arbeiterschutzes. Die Gefahren für die Arbeitnehmer werden dadurch wesentlich erhöht werden.

Die Arbeitnehmer bitten das hohe Reichsversicherungsamt, den Antrag auf Revision der benannten Paragraphen umso mehr abschlägig bescheiden zu wollen, als die Darstellungen des Vertreters der Unternehmer im Malergewerbe auf dem Genossenschaftstage in Danzig keinen Anspruch auf Zuverlässigkeit machen können, sondern grotesk übertrieben sind.

Die mit dem 1. Januar 1909 in Kraft getretener Unfallverhütungsvorschriften sind das minimalste, was die Arbeitnehmer an Arbeiterschutz beanspruchen dürfen.

Die Arbeitnehmer beauftragen daher den Unterzeichneten, dem hohen Reichsversicherungsamt, gehoramt die Bitte zu unterbreiten, der beabsichtigten Revision der §§ 19, 20 und 24 im Interesse Tausender von Arbeitern nicht stattzugeben.“

Aus der Abrechnung über das zweite Quartal d. J., welche die Versammlung entgegennimmt, ist zu bemerken, daß die Filiale erfreuliche Fortschritte macht. So sind 105 Aufnahmen mehr zu verzeichnen als im ersten Quartal und der Passenbestand hat sich um 421,14 A erhöht. Sodann bewilligen die Anwesenden einstimmig auf Vorschlag des Vorstandes als zweite Rate 1000 Mk. für die kämpfenden Arbeitsbrüder in Schweden. Kollege Klotz schließt die Versammlung mit dem Hinweis auf die bevorstehende Wautenagitation und fordert die Kollegen auf, in Anbetracht der Lohnbewegung die Wautenkontrolleure tatkräftig zu unterstützen.

Berlin. In einer überfüllten Versammlung am 16. September hörte die Berliner Mitgliedschaft des Verbandes einen Vortrag des Koll. Tobler-Hamburg über „Unsre Lohnforderungen und die Taktik der Unternehmer.“ Der überaus starke Beifall bezeugt, daß die Berliner Kollegen mit größter Aufmerksamkeit unsere Lohnbewegung verfolgten, geschlossen hinter unsere Forderungen stehen und sie nicht — wie die Berliner Malerzeitung — als einen Aprilscherz ansehen. In seinem ausführlichen, scharf pointierten Vortrage gibt Koll. Tobler einleitend an der Hand von Daten und historischem Beweismaterial die Entwicklung und Tendenz unseres Verbandes, wie auch der Organisation der Unternehmer, um dann zu dem eigentlichen Thema überzugehen. Hierzu führte der Redner etwa folgendes aus: Auf Grund des vorjährig abgeschlossenen Normaltarifs für Süddeutschland wurden alle übrigen Tarife bis zum 31. Dezember 09, dem Ablaufstermin des Normaltarifs, verlängert. Da wir nun Anhänger der korporativen Arbeitsverträge sind, so haben wir keine Ursache, dem Bestreben der Unternehmer auf Schaffung eines Reichstarifs (im Sinne des Buchdruckertarifs) etwas in den Weg zu legen. Im Gegenteil sind wir bestrebt, als gleichberechtigte Faktoren mitzuwirken an der Herbeiführung gesunder Zustände in unserem Berufe. Nun wird auch in dem Normaltarif bestimmt, daß ein halbes Jahr vor Ablauf desselben Verhandlungen beginnen sollen, und zwar zwischen den Zentralinstanzen, um, wenn möglich, auf diese Weise einen Tarif über ganz

Deutschland zu schaffen. Der Hauptvorstand hat nun unsere Forderungen den Unternehmern angekündigt. Die Verhandlungen sollen im Oktober in Berlin beginnen. Die Unternehmer haben sich nun schon in mehreren Fällen offiziell zu unseren Forderungen geäußert. Von objektiver Würdigung derselben ist aber nichts zu spüren. Mit der Behauptung, daß die Forderungen unerschämte seien, ist ihre Notwendigkeit nicht widerlegt. Auch sieht die Erklärung des Herrn Kruse auf dem Malertag in Dresden, „Mit der Leistungsklausel steht und fällt der Reichstarif“, nicht nach Verhandlung aus, ebensowenig der Ausspruch: „Die Lohnhöhe und die Forderung der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit, die in Berlin, Hamburg und Bremen gefordert werden, seien vollständig undisfunktabel.“ Der Kräfteakt des Herrn Hansen-Hamburg: „Wenn zum 1. Januar 1910 kein Tarif zustande kommt, so schließen die Herren Meister die Betriebe“, löste allgemeine Heiterkeit aus. Um bei ihren Kollegen Stimmung zu machen, und unsere Forderungen zu widerlegen, haben die Unternehmer eine Enquete veranstaltet und operieren nun mit Zahlen, daß einem die Haare zu Berge stehen.

Demgegenüber ist es für uns nicht schwer, bei den ungeheuren steigenden Steuerlasten unsere gerechten Forderungen zu vertreten, besonders in den Städten, die in den letzten 3 bis 4 Jahren keine Lohnaufbesserung erfahren. Täuschen wir uns jedoch nicht, alle Anzeichen deuten auf einen schweren Kampf hin und wenn ihn die Unternehmer haben wollen, wir sind gerüstet.

Nachdem der Redner unsere eventuellen Gegenmaßnahmen gestreift, schließt er seinen Vortrag mit aufmerksamen Worten an die Kollegen und der Mahnung an die Unternehmer: „Ohne nennenswerte Lohn-erhöhung und Arbeitszeitverkürzung keinen Tarif.“ Der reiche Beifall und die Tatsache, daß eine Diskussion über den Vortrag nicht gewünscht wurde, bekunden die Uebereinstimmung der Kollegen mit den Ausführungen des Kollegen Zabler. Nachdem nahm die Versammlung die Wahl des Delegierten in die Zentralverhandlungskommission vor, aus der Koll. W. Wendel hervorging.

Düren. Am 17. September fand hier eine öffentliche Versammlung unserer Kollegen statt, zu der Koll. Buchelt-Cöln das Referat übernommen hatte. Er schilderte die Errungenschaften der hiesigen Filiale seit ihrem Bestehen, die aber nicht aus freien Stücken der Meister, sondern nur erst durch Kampf und dem Zusammenhalt der Kollegen gewonnen werden konnten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seien trotzdem noch äußerst rückständig, dazu kämen außerdem die Folgen der neuesten Steuerpolitik, die das Volk dem Zentrum zu verdanken hätte. Eingehend legte er die Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes zu den eingereichten Forderungen dar, der gegenüber nur die regste Agitation zur Stärkung des Verbandes als die richtige Antwort gelte. Die Ausführungen im christlichen Vereinsblatt anlässlich einer zuvor stattgefundenen Versammlung nahm er zum Schluß noch besonders vor und widerlegte diese Punkt für Punkt. In der Diskussion erklärte der Vorsitzende der Christlichen, daß er dafür sei, Hand in Hand mit unsern Kollegen zu arbeiten, soweit es ihr Hauptvorstand erlauben werde. Mit der Ermahnung, nach jeder Richtung hin für das Wohl unseres Verbandes und damit im eigenen Interesse zu handeln, schloß die Versammlung.

Leipzig. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung tagte hier am 17. September, um Stellung zu der eingeleiteten allgemeinen Lohnbewegung, den eingereichten Forderungen und der Taktik des Arbeitgeberverbandes zu nehmen. Kollege Streine kennzeichnete scharf die Verhältnisse, die einen großen Teil Malermeister in kurzer Zeit aus Schwärmern für alte Jungegebanke zu Anhänger zeitgemäßer Ideen gemacht haben, die in der Verantwortung geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Anerkennung der Gehilfenorganisation bestehen. Der Einfluß unseres Verbandes habe sie aus Feinden der Tarifverträge zu deren unbedingten Befürwortern gemacht. Natürlich wollten sie damit keineswegs die von uns geforderten Tarifbedingungen anerkennen. Das bei solchen Anlässen immer stark hervorretende nackte Unternehmerinteresse, die Konkurrenz, in der der Arbeitgeberverband noch mit den wegen ihrer angeblichen Leistungs-unfähigkeit herabgeleiteten Innungen steht und besonders die viel zu weit gehenden Versprechungen, die man bei der Agitation für den alles Heil bringenden Arbeitgeberverband den erst beizutretenden Meistern gemacht hat, zeitigten die sattem bekannten Demonstrationen gegen jedwede, wenn auch noch so zeitgemäße Gehilfenforderung und förderten Drohungen, Scherenschnitte und Kampfstimmungen, wie sie auf dem Verbandstag des Arbeitgeberverbandes vor vier Wochen zum Ausdruck kamen. Der Referent zeigte zahlenmäßig, wie die Existenzverhältnisse der Arbeitererschaft verteuert wurden, welche Wirkungen die neuen Steuerlasten besonders bei der im Malergewerbe herrschenden Saisonarbeit zeitigen und wie der Arbeitgeberverband selbst die gegenwärtige allgemeine Lohnbewegung gewollt hat. Gegenüber der Behauptung der Unternehmer, die gestellten Forderungen seien ohne Berücksichtigung der herrschenden Konjunktur aufgestellt, sei es Tatsache, daß diese wohl in Rechnung gestellt wäre. Ohne eine zeitgemäße Lohnhöhe und genügende Würdigung der aufgestellten Forderungen gebe es keinen neuen Tarif. Die Stärke und der geschaffene innere, feste Ausbau der Organisation als auch die Einigkeit der Kollegenschaft würden schon geeignet sein, dem stets zunächst auf Ablehnung jedweder Forderung der Gehilfenerschaft hinarbeitenden Unternehmern die erforderliche Achtung abzugewinnen. Die bisherigen respektablen Leistungen des Verbandes der Maler in den letzten Jahren sowohl durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse als auch durch Unterstützung seiner Mitglieder in verschiedenster Hinsicht würden die Organisation immer einflussreicher machen. Hauptsache sei, daß jeder organisierte Kollege für den Verband unter Aufrechterhaltung aller Nebenpflichten und Kleinlichen wirke. Nach zustimmender Debatte gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Versammelten nehmen Kenntnis von den Verhältnissen, welche, mit auf Betreiben der Arbeitgeber, die im Gange befindliche Lohnbewegung über ganz Deutschland herbeigeführt haben. Sie erkennen die von der Gehilfenerschaft gestellten Forderungen als durchaus den verschlechterten Existenzverhältnissen entsprechend an und konstatieren ausdrücklich, daß dabei die von den Arbeitgebern vermehrte Rücksicht auf die Konjunktur schon genommen wurde. Die Versammelten verpflichteten sich, den auf Ablehnung aller Lohnforderungen gerichteten Drohungen einiger Führer im Arbeitgeberverband energisch entgegenzutreten und betrachten als

einzig geeignetes Mittel hierzu den Verband der Maler usw. Deutschlands, der stets und mit Erfolg bestrebt war, die Interessen der Gehilfenerschaft mit allem Nachdruck zu vertreten. Damit dies auch bei der eingeleiteten Bewegung angesichts der diesmaligen verschärferten Situation in höchstem Maße geschehen kann, verpflichten sich die Kollegen, im Vertrauen auf die Vorteile eines möglichst engen Zusammenschlusses, gemeinsam zu wirken und auch noch den letzten Indifferenten ihrer Organisation zuzuführen.

Dueblinburg. Am Sonntag, den 5. September, fand hier eine Zusammenkunft der Kollegen aus den Orten Hantenburg, Halberstadt, Dueblinburg und Uchersleben statt. Wenigerde war nicht vertreten. Viele mag das schlechte Wetter abgehalten haben, sonst wäre die Beteiligung stärker gewesen. Die Versammlung, abgehalten im „Kaiser Friedrich“ (Augustiner), eröffnete der Kollege Münch mit einem herzlichen Willkommen. Kollege Streine erstattete darauf Bericht von den Beschlüssen der Generalversammlung in Cöln. Erfreulicherweise habe unser Verband trotz der wirtschaftlichen Krise einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Das Vermögen sei ebenfalls bedeutend gestiegen, so daß wir dem Sabelgerassel des Arbeitgeberverbandes mit Ruhe entgegenreten und obendrein unsere Unterstützungseinrichtungen besser ausbauen können. Das wird wohl nicht ohne Wirkung in bezug auf die Agitation bleiben. Eingehend wurde auch über die in Aussicht stehenden Verhandlungen gesprochen. Um dem einzelnen Kollegen, an ihrer Aufklärung und der regen Agitation liege es nun, den Verband und seine Bestrebungen und Einrichtungen so auszubauen, daß es zum Nutzen gereicht. Ueber „Zentralisation innerhalb der Organisation“ referierte Kollege Peter-Magdeburg. Das Vorgehen der Arbeitgeberverbände rechtfertige das Bestreben, unsere kleineren Filialen zu einer großen zu vereinigen resp. sie anzuschließen. Die vermehrte Verwaltungsarbeit, Statistiken, Referate, Hausagitation, Werkstattbesprechungen sowie Agitation in ganz kleinen Städten, Kurorten usw. könne von den arbeitenden Kollegen in den paar Abend- und Sonntagsstunden nicht erledigt werden; dazu sei eine ganze und unabhängige Kraft nötig. Auch müsse dem Treiben der Gegner in Arbeiterkreisen zur rechten Zeit gegenübergetreten werden. Außerdem werden der Hauptvorstand und der Bezirksleiter, der einen sehr großen Bezirk hat, entlastet. An Magdeburg haben sich noch Hantenburg und Wenigerode angeschlossen. Es fehlt noch Dueblinburg. Uchersleben würde sich eventuell an Halle a. S. anschließen müssen. Ueber Arbeitsnachweise sprach Koll. Münch. Die Nachweise der Meister verfehlen für uns den Zweck. Paritätische bestehen nicht und die städtischen seien ohne Bedeutung, ergo müssen wir uns selbst helfen. Vorkünftig würde es genügen, wenn von den einzelnen Orten an eine Zentralstelle Bericht gegeben würde, ob Leute nötig oder überflüssig wären. Ueber den Bericht müsse die Zentralstelle die einzelnen Orte dann orientieren. In der Diskussion wurde als zentrale Magdeburg vorgeeschlagen; von dort soll auch Führung mit den Nachweisen in Braunschweig und Halle genommen werden. Prinzipielle Bedenken wurden gegen die Referate nicht erhoben, es konnte allseitige Zustimmung der Kollegen konstatiert werden. Die nächste Konferenz findet im Frühjahr 1910 in Uchersleben statt. Als Tagesordnung wurde vorkünftig festgelegt: Jugendorganisation und Genossenschaftswesen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsere Organisation wurde die Versammlung geschlossen. Nachmittags unternahm wir einen Ausflug nach dem „Eisenfall.“ Anmutig lagen die Borberge des Harzes vor uns. Der Blick streifte bis Ballenstedt, Thale, Hantenburg und im Norden bis nach dem Hü und Satal. Es ist historischer Boden, auf dem wir hier stehen. Hünengräber und andere vorgegeschichtliche Erinnerungszeichen sind zahlreich vorhanden. In Dueblinburg erinnert der „Hünenberg“ an Heinrich den Vogelfänger, den ersten sächsischen Kaiser. Auf dem Marktplatz sah der Augensteiner Hauptgraf in einem Soldaten jahrelang gefangenen Burggrünen zeugen von verschwundener Macht und Herrlichkeit. Später fiel das Bistum Dueblinburg an Preußen. Doch diese Zeiten sind längst vorüber. Der Kapitalismus hat den Feudalismus abgelöst in der Herrschaft und die moderne Arbeiterbewegung macht gute Fortschritte. Auf Wiedersehen in Uchersleben!

Gewerkschaftliches und Soziales.

Die Steuerbelastung in Deutschland betrug pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1908: 36,18 M., 1907: 34,12 M., 1906: 31,05 M., 1905: 30,72 M., 1904: 29,36 M. Das ist in fünf Jahren eine Zunahme um 22,2 Proz. Reichs- und Staatssteuer sowie Bölle zusammengenommen. Bei den Reichsteuern zeigt sich die größte Steigerung. Durch die neuen Finanzgesetze, an deren Zustandekommen traurigerweise auch die christlichen Arbeiterabgeordneten kräftig mitgewirkt haben, entfällt eine weitere Mehrbelastung um mindestens 8 M. pro Kopf. Damit ist die Tributpflicht des Deutschen aber immer noch nicht erschöpft. Durch das deutsche Schutzzollsystem, das schärfste und einseitigste überhaupt, hat jeder Einwohner nochmals 16 M. jährlich an die zu entrichten, in deren Interessen die Zollstrahlen entrichtet wurden und das sind in allererster Linie die nimmer-sattten Agrarier. Ob jung oder alt, erworblich oder nicht, 67 bis 68 M. hat jeder im Jahre auf dem Acker des Vaterlandes, der Agrarier, Schnapsbrenner usw. niederzuliegen. Für eine Familie mit fünf Köpfen macht das rund eine Ausgabe von 340 M. aus — fürwahr ein teures Vergnügen, deutsche Luft atmen zu können! Wo soll diese Steuerquetscherei eigentlich hin führen?

Ausländische Wanderarbeiter im Deutschen Reich. Durch die vielfachen Ausgestaltungen der Arbeitsmarktstatistik ist es nunmehr auch möglich, einen ungefähren Ueberblick darüber zu erhalten, wie viel für das Deutsche Reich ausländische Wanderarbeiter fortläufig vermittelt werden. Die einschlägigen Zusammenstellungen sehen sich zusammen aus den Ergebnissen der Feldarbeiterzentrale und der landwirtschaftlichen Vertretungen, insbesondere den Landwirtschaftsstatistiken. Immerhin sind die Ueber-sichten über die Vermittlungen, wie das Kaiserl. Statistische Amt selbst betont, noch lückenhaft. Trodem ergibt eine Berechnung, daß in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1909 insgesamt 41 076 männliche und 37 530 weibliche, also zusammen rund 80 000 ausländische Wanderarbeiter nach Deutschland gekommen sind. Da für das Jahr 1908 die Mitteilungen dieser Art fehlen, kann man nicht feststellen, ob die Einwanderungen zu- oder abgenommen haben. Der

größte Teil der Wanderarbeiter, nämlich 29 694 (oder 37 Proz.) kam aus Rußisch-Polen, 19 882 (oder 24 Proz.) waren Italiener, 15 626 (oder 19 Proz.) galizische Polen usw. Die Zuwanderung war am stärksten im März mit ca. 38 000 Personen, am schwächsten im Januar mit ca. 11 000 Einwanderern.

Die Wanderarbeiter waren natürlich vorwiegend in der Landwirtschaft beschäftigt. Wer auch für die Industrie wurde ein Teil, und zwar 5577 männliche und 232 weibliche, vermittelt. Die ausländischen industriellen Arbeiter wurden besonders in Schlefien untergebracht, wohn 3500 von ihnen gingen. Aber auch nach andern Industrieländern wurden solche vermittelt, so z. B. nach dem Königreich Sachsen 230. Für die Monate Juli, August usw. lagen wieder zahlreiche „Bestellungen“ vor, es hat also die Vermittlungstätigkeit für die Zeit der Ernte einen neuen Aufschwung erfahren.

Die umfangreiche Einführung ausländischer Arbeiter während den Zeiten einer furchtbaren wirtschaftlichen Krise zeigt, wie gleichgültig dem „patriotischen“ Unternehmer das Schicksal seiner „deutschen Brüder“ ist. Von diesem Standpunkt aus ist namentlich die Vermittlung ausländischer Industriearbeiter unerhört.

Arbeiterentlassungen als eine Folge der neuen Steuern sind an der Tagesordnung, trotzdem von einer Rückwirkung derselben auf den Beschäftigungsgrad eigentlich noch nicht die Rede sein könnte, da diese doch erst in Kraft getreten sind. Aber die bedrohten Fabriken haben die letzte Zeit vor der Steuereinführung mit Hochdruck gearbeitet und versüßen nun über keine Aufträge. Wie der „Korrespondent der Buchdrucker“ mitteilt, sind nach seinen Aufzeichnungen bisher etwa 2 000 Tabakarbeiter und -arbeiterinnen arbeitslos geworden, und zwar kommen hierfür namentlich Westfalen und Braunschweig in Betracht. Mehr als 4 000 haben auf drei bis acht Tage aussetzen müssen oder arbeiten überhaupt nur ungeschickig. Unter den arbeitslos gewordenen Tabakararbeitern befindet sich eine ganze Anzahl, die mit einer eventuellen Rückkehr auf ihre Plätze gar nicht hoffen dürfen, weil die Fabriken geschlossen wurden. Was soll da erst später werden? Der Bundesrat hat nun auch die näheren Bestimmungen festgesetzt für die Unterstützung arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter aus dem vom Reichstage zu diesem Zwecke bewilligten Fonds von 4 Millionen Mark, und die Landes- und Provinzialbehörden erlassen entsprechende Bekanntmachungen über die Ausführung dieses Bundesratsbeschlusses. Die Hauptzweck der Maßnahme ist, welche Schritte zur Wiedererlangung bezw. Erhöhung des geschmälernten Verdienstes unternommen wurden. Wird der Anspruch auf Unterstützung als begründet erkannt, so ist in dem Falle der Arbeitslosigkeit eine wöchentliche Unterstützung in Höhe von drei Vierteln des im Durchschnitt des Vorjahres verdienten Wochenlohnes zu zahlen. In geeigneten Fällen kann die Polizeibehörde die bewilligte Unterstützung auf den vollen Betrag des früheren Durchschnittslohnes erhöhen. Die Unterstüfung kann bis zu einem Zeitraum von höchstens zwei Jahren bewilligt werden. Die gewährte Unterstützung hat für den Empfänger nicht die Bedeutung einer Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln im Sinne des Wahlgesetzes für den Reichstag. Da die Tabakarbeiter nur einen Durchschnittsverdienst von 602 Mark jährlich haben, also zu den schlechtest bezahlten Arbeitern zählen, so wird hoffentlich von den Beamten bei Prüfung der Unterstützungsberechtigung der sich meldenden Tabakarbeiter nicht zu bürokratisch und engherzig verfahren werden. In einzelnen Fällen lassen aber die Ausführungsbestimmungen der bundesrätlichen Verordnung durch die lokalen und provinziellen Behörden schon einen Vorgesmack davon bekommen. Zu der Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten sagt deshalb das „Berliner Tageblatt“: „Wenn es den arbeitslos gewordenen oder im Verdienste geschmälernten Tabakarbeitern schon nur selten gelingen wird, den Nachweis zu führen, daß das neue Tabaksteuergesetz den Grund zur Arbeitslosigkeit oder Verdienstschädigung gegeben hat, so dürften die weiteren Vorschriften über den Ausschluß der Unterstützungsberechtigung das ihre tun, um den Preis der Unterstützung schließlich auf ein — wie man für den Bereich des Königreichs Preußen wohl erwarten darf — Konstruktum weniger gestimmungstüchtiger Mitglieder konservativer Wahlvereine oder sonstiger „patriotischer“ Zirkel, die das Glück haben, nebenbei auch Tabakarbeiter gewesen zu sein, beschränkt werden.“ Die „Welterzeitung“, die bekannte große Bremer Zeitung, läßt sich sehr pessimistisch über die Lage in der Tabak- und Zigarrenbranche vernehmen. Sie meint, die Entlassungen der Tabakarbeiter in Westfalen seien schon so zahlreich, daß, wenn diese Arbeitslosigkeit anhalte, der Vier-Millionen-Fonds allein für Westfalen aufgehe. Nächst den Tabakarbeitern sind es die Partonagenarbeiter und -arbeiterinnen, die in Mitleidenschaft gezogen werden. Es wird künftig seitens der Zigarren- und Zigarettenfabriken in der Ausstattung der Verpackung ihrer Fabrikate gespart werden. Aus dem Grunde sind in Polen 300 Personen der Partonagenbranche bereits entlassen worden. Aus andern Gegenden liegen auch schon Mitteilungen über Entlassungen solcher Art vor. Ferner tritt an Stelle der Soldaten vielfach Papier zur Zigarrenverpackung. In Bremen sind deshalb die damit beschäftigten Holzarbeiter in einer Zahl von ungefähr 400 zu stark verkürzter Arbeitszeit mit entsprechender Lohnminderung verurteilt. Auch von den Glasarbeitern liegen schon Klagen über Entlassungen vor, weil von den Brauereien nur geringe Aufträge eingehen. Die Brauereiarbeiter scheinen wenigstens vor der Hand vor größerer Arbeitslosigkeit geschützt zu sein, wenn auch mit einer Produktionsverminderung von 20 bis 25 Proz. gerechnet wird. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wollte deshalb ja auch für die Brauerei eine Unterstützungspflicht des Reichs ausgedrungen wissen, was jedoch abgelehnt wurde. Der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter trat nun anfangs August an die Vereinigungen der Brauereien heran, Entlassungen von Arbeitern nach Möglichkeit zu unterlassen. Die Verhandlungen führten auch zu einem befriedigenden Ergebnisse, dem allerdings eine Klausel einen fatalen Beigeham verleiht. Nämlich auf durch Bierhoheit verursachten Konsumrückgang soll die Ver-

einbar vor keine Anwendung finden. Das wird vor der Hand aber wohl meistens die Hauptursache des verminderten Absatzes sein.

Da haben wir den Segen der Finanzreform des Schnapsbrotts: Vertenerung der Konsumartikel und Entlassung von Arbeitern. Das Zentrum mit seinen Nennunterarbeitern kann wirklich stolz sein auf seine Heldentaten.

Die moralische Beurteilung des Streikbrechers. Wie wir mittelst, hat der Vorsitzende des Gewerbegerichts in Hannover, Dr. Warmbold vor kurzem in einer Urteilsbegründung die Streikbrecher für moralisch minderwertige Menschen erklärt. Diese offenherzige, auf Erfahrung gegründete Kritik hat selbstverständlich in Unternehmerkreisen böses Blut erregt und die Scharfmacherzeitungen haben den Herrn Gewerbegerichtsvorsitzenden scharf angegriffen. Hiergegen wehrt sich der Angegriffene, indem er folgende Erklärung losläßt: „Meine Meinung ist selbstverständlich nicht allgemein über Streikbrecher“, sondern lediglich unter Bezugnahme auf den zur Verhandlung stehenden besonderen Fall gemacht. Hier handelt es sich nach dem vom Beklagten nicht bestrittenen Verhalten des Klägers, wie auch bereits in dem erwähnten Zeitungsberichte zutreffend wiedergegeben ist, um einen als notorischen Streikbrecher bekannten Arbeiter, der sogar agitatorisch auftrat und Arbeiter verführte, ihren Kollegen beim Lohnkampf in den Rücken zu fallen. Nur derartige Personen, die sich aus wemöglich durch Agitation selbst herbeigeführte Zwangslage anderer ausbeuten, um sich persönliche Vorteile dabei zu verschaffen, kommen in Frage. Arbeitswillige, die sich aus häufig sehr berechtigten Gründen an einem Streik nicht beteiligen, vielfach aber fälschlich als „Streikbrecher“ bezeichnet werden, sind natürlich durch meine Äußerung in keiner Weise getroffen. Es lag ja auch im vorliegenden Fall für mich durchaus kein Grund vor, allgemeine Ausführungen über „Streikbrecher“, ein Begriff, der übrigens durchaus nicht festliegt, zu machen.“

Wir können dem Herrn Gewerbegerichtsvorsitzenden nicht darin bestreiten, daß „Streikbrecher“ kein feststehender Begriff sei, im Gegenteil, jeder Sachkenner weiß ganz genau, was ein Streikbrecher ist, nämlich ein Mensch, der aus egoistischen Motiven seinen streikenden Kollegen in den Rücken fällt. Wir wissen aber auch, daß es in bezug auf moralische Beurteilung des Streikbrechers verschiedene Abstufungen gibt. Die notorischen Streikbrecher sind allerdings moralisch durchaus minderwertige Elemente, moralisch verkommene Lumpen im wahren Sinne des Wortes, aber auch die andern Streikbrecher können auf Moral keinen Anspruch machen, man wird ihnen jedoch manchmal mildernde Umstände zubilligen können. Vom Standpunkte der sozialen Moral aus betrachtet, sind Streikbrecher auf jeden Fall minderwertige Menschen, nur über den Grad dieser moralischen Minderwertigkeit kann man verschieden urteilen.

Der Zentralverband der seemännischen Arbeiter Deutschlands hat soeben ein Jahrbuch für 1907/1908 herausgegeben. Es weist einen reichhaltigen Inhalt auf, der alle wichtigen, den Verband betreffenden Fragen umfaßt. In einem Kapitel werden eingehend die Machinationen der Meeder besprochen, die dazu beitragen sollen, der seemännischen Arbeiterbewegung den Lebensnerv abzuschneiden. Vergebens. Der Verband ist für die Seeleute eine Notwendigkeit, und deshalb wird ihn keine Macht der Erde vernichten können. Mit Genugtuung kann der Berichterstatter seine Reue über die Scharfmacherei der Meeder also schließen: „Alle reaktionären Windstöße, alle demagogische Heße, selbst der organisierte Arbeiterberater haben die Meeder nicht zum Ziele geführt und werden sie nicht zum Ziele führen. Unsere Bewegung marschiert trotzdem und trotz alledem aufrecht und unerschüttert. Wenn wir nur alle wollen!“ Dieses Wollen muß freilich vorhanden sein, wenn im wirtschaftlichen Kampfe Erfolge erzielt werden sollen; je mehr Arbeiter davon überzeugt sind und danach handeln, desto besser für die Arbeiterbewegung.

Unter der großen wirtschaftlichen Krise hat natürlich auch der Seemannsverband nicht wenig zu leiden gehabt. Gerade in dieser Zeit hat das Meedertum versucht, die seemännische Arbeiterschaft zum Kampfe zu provozieren. Sie war, als sie diesen Provokationen nicht folgte, sicher gut beraten. Ob in der Folgezeit im Seemannsberuf Krieg oder Frieden sein wird, darüber werden die Meeder zu befinden haben; denn die Seeleute müssen darauf dringen, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Sie leiden nicht weniger als die industriellen Arbeiter unter den immer teurer werdenden Lebensverhältnissen.

Die Fragen des seemännischen Rechts werden im Jahrbuch sehr eingehend geschildert. Und es wird aus dem dort aufgeführten Material von neuem bestätigt, daß in Deutschland von einem wirklichen seemännischen Recht kaum die Rede sein kann. Ein harter Kampf sowohl auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete wird notwendig sein, bis das seemännische Recht so gestaltet ist, daß die Seeleute damit auch nur halbwegs zufriedener sein können. Die im Jahrbuch aufgeführten Hauptforderungen lassen in keinem einzigen Punkte die Verschleidenheit vermessen, nennigleich das Meedertum bei jeder Gelegenheit das Gegenteil behauptet. Ist es z. B. unbeschrieben, daß obligatorische, gesetzlich geregelte Krankenversicherung für alle seemännischen Arbeiter, durchgreifende Revision der seemännischen Unfall- und Invalidenversicherung und zweckentsprechender Ausbau der Witwen- und Waisenversicherung gefordert wird? Gewiß nicht, wenn man obenhin bedenkt, daß der seemännische Beruf wohl der gefährlichste von allen ist. Auch das Anheuerungswesen liegt noch sehr im Argen; zwar werden in den allermeisten größeren Hafenorten die Heuerbese von den Meedern ausgeübt, aber an deren Stelle treten die großen Heuerbüros einzelner Meeder oder der vereinigten Meedereien. Die seemännischen Arbeiter sind damit, wie das Jahrbuch treffend hervorhebt, aus dem Regen in die Traufe gekommen. Die Seeleute fordern paritätische Heuerbüros. Jedoch wie die gewerblichen Scharfmacher, so sind auch die im Seemannsberuf leider nicht geneigt, einer derartigen Forderung zu entsprechen, weil sie eben die Arbeitsvermittlung als Maßregelungsinstitution mißliebig gewordenen Arbeiter gebrauchen. Eine bei den Meedern sehr beliebte Maßregel bildet weiter die Einbehaltung der Heuer, und es ist nicht selten krasse Willkür, wie hierbei mit den Arbeitern umgegangen wird.

Baugewerbliches.

Eine Bauarbeiterkongresskonferenz für das Herzogtum Braunschweig fand am Sonntag, den 12. September in Langelshorn am Harz statt. Die Konferenz war von 35 Delegierten aus 12 Städten und Orten des Herzogtums, außerdem von den Bauvorsitzenden der verschiedenen Verbände, vom Genossen G. Heine von der Zentralkommission für Bauarbeiterschutts aus Hamburg und einem Mitgliede der Bauarbeiterschuttskommission aus Magdeburg besetzt.

Genosse Heine sprach über „Die reichsgesetzliche Regelung der Bauarbeiterschuttsfrage und die hannoversche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft“. Ueber „Der landesgesetzliche Bauarbeiterschutts und die ministerielle Verordnung vom Jahre 1906 für den Bauarbeiterschutts“ referierte der Sekretär des Maurerverbandes, Schulze-Braunschweig. Es wurde hierzu eine Resolution angenommen, die einzelne substantiierte Forderungen der Bauarbeiter enthält. Diese Resolution soll als Forderung der Konferenz der Braunschweiger Landesregierung unterbreitet werden. Die Konferenz fordert weiter die Aufnahme von Bestimmungen in die Anweisung des Ministeriums, des Inhalts, daß die Bauten, in denen gearbeitet wird, in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Mai jeden Jahres gegen Zugluft geschützt werden (Fenster, Türen); daß für jede Baustelle Waschgefäße nebst Seife und Handtüchern von den Arbeitgebern zu liefern sind und zwar für größere Baustellen in dem Umfange, daß für mindestens je 10 beschäftigte Personen je ein Waschgefäß nebst der entsprechenden Zahl von Handtüchern vorhanden sein müssen.

Die Steinleger und Verputzgenossen beantragen, bei dem Staatsministerium dahin zu wirken, auch das Steinlegergewerbe unter die bezügliche Gesetzgebung (Sicherheitsvorkehrungen bei der Ausführung von Bau- und Abbrucharbeiten) zu stellen.

Die Konferenz nahm ferner eine Protestresolution gegen die bekannten Ausführungen des Zimmermeisters Kieß an, der die Verletzten für Simulanten und Rentenbetrüger erklärt hatte.

Den Schluß der Konferenz bildete ein Referat des Vizeleiters der Maurer, Barnstorf-Sannover, über „Die Agitation für den Bauarbeiterschutts in den Gewerkschaften und den einzelnen Gemeinden“.

Baugewerkskongresskonferenz. Am 17. Oktober d. J. findet im Bezirk der Magdeburgischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft (Provinz Sachsen und Herzogtum Anhalt) eine Konferenz der Bauarbeiterschuttskommissionen statt. Die Konferenz beginnt vormittags 10 Uhr im Lokal von Oskar Kleine, Alene Welt.

Magdeburg, Fackelberg 9. An solchen Orten, wo Kommissionen nicht bestehen, empfiehlt es sich, ebenfalls eine Delegation der Bauarbeiter zu entsenden.

- Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Die reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutts. Referent G. Heine (Hamburg). 2. Wie agitieren wir für einen wirksamen Bauarbeiterschutts? Referent Julius Koch (Magdeburg). 3. Debatte und Anträge.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, daß sich alle im Bezirk befindlichen Mitgliedschaften der Bauarbeiter-Organisationen an der Konferenz beteiligen.

Die Bauarbeiterschutts-Kommission für Magdeburg. F. A. Franz Range.

NB. Alle Anfragen und Zuschriften sind zu richten an U. Undeutsch, Magdeburg, Gr. Münzstraße 3.

Arbeiterversicherung.

Rentenquetscher. Der „Kampf um die Rente“ war bis vor einigen Jahren nur eine sprichwörtliche Eigentümlichkeit der Unfallversicherung. Die Reichsversicherung hat nun aber entdeckt, daß auch in der Invalidenversicherung die „Lasten“ ins Ungemessene steigen. Um die Arbeitgeber, besonders aber die Agrarier, vor höheren Beiträgen zu schützen, wurde eine Kommission ausgerüstet, der Vertreter des Reichsversicherungsamtes, des Staatssekretärs des Innern, des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe usw. angehören, und die an Ort und Stelle die Ursachen der Rentenvermehrung ergründen sollte. Die Kommission hat die Bezirke einer Anzahl Versicherungsanstalten bereist mit dem Ergebnis, daß vielen Rentenempfängern die Renten entzogen wurden. „In vielen Fällen“ heißt es in dem amtlichen Bericht, „müßten die Rentenbewilligungen entzogen werden, weil die tatsächlichen, namentlich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht genügend geklärt oder die der Rentenbewilligung zugrunde liegenden ärztlichen Gutachten nicht erschöpfend oder offenbar unzutreffend waren (durch Uebersehung der Altersfolgen, Verwechslung der Begriffe reichsgesetzlicher und Berufsinvalidität usw.)“. Die Beobachtungen der Kommission wurden zu einer Reihe von Maßnahmen benutzt, z. B. der Herausgabe neuer Vordrucke für die ärztlichen Zeugnisse, Abhaltung einiger Konferenzen der Versicherungsanstalten, einer neuen Verordnung betr. das Verfahren vor den unteren Verwaltungsbehörden in Preußen usw.

Der „Erfolg“ dieser Maßregel ist deutlich aus der Statistik zu ersehen. In den Bezirken jener Versicherungsanstalten, die bereit wurden, ist die Zahl der bewilligten Invalidenrenten ganz bedeutend zurückgegangen. Folgende keine Zusammenstellung gibt einen Aufschluß darüber. Es verminderten sich bei den Versicherungsanstalten gegenüber dem der Untersuchung vorausgegangenem Jahre die bewilligten Invalidenrenten in:

Ostpreußen von 6 686 im Jahre 1900 auf 4 459 im Jahre 1908
Westpreußen „ 4 447 „ „ 1900 „ 2 812 „ „ „
Posen „ 4 612 „ „ 1902 „ 2 171 „ „ „
Sachsen-Anh. „ 8 567 „ „ 1908 „ 6 226 „ „ „
Schlesien „ 19 608 „ „ 1908 „ 8 258 „ „ „
Brandenburg „ 8 005 „ „ 1908 „ 6 995 „ „ „
Rheinprovinz „ 13 693 „ „ 1904 „ 9 166 „ „ „
Hannover „ 7 876 „ „ 1904 „ 4 304 „ „ „
Pommern „ 3 778 „ „ 1907 „ 3 318 „ „ „

Ganz besonders in die Augen fallend ist die Abnahme in Posen und Schlesien, wo die Bewilligungen um mehr als die Hälfte ihrer früheren Zahl herabgegangen sind. Wieviel Personen die Renten außerdem direkt entzogen wurden, ist aus der Statistik leider nicht zu ersehen.

Die „Vereinigungen“ werden noch weiter fortgesetzt. Besser als durch diese Zahlen kann der Krebsgang der neudeutschen „Sozialreform“ nicht gekennzeichnet werden. Umtausch der Duittingkarten der zum Militärdienst ausgehobenen Versicherten. Den zum aktiven Militärdienst ausgehobenen versicherungspflichtigen jungen Leuten wird dringend empfohlen, ihre Duittingkarten kurz vor dem Rekruteneinstellungstermin bei den zuständigen Behörden der Polizeireviere umzutauschen, auch wenn die Gültigkeitsdauer der Karten noch nicht abgelaufen sein sollte. Es wird hierdurch verhütet, daß die Karten, die mit dem Marktenhalt für die Versicherten einen besonderen Wert besitzen, während der Militärdienstzeit verlegt werden oder sonst in Verlust geraten.

Vom Ausland.

Oesterreich. In Graz sind die Lackierwerkstätten Blüchme, Urschik und Necmahan gesperrt.

Den Innsbrucker Malermeistern ist ihr schiefes Verginnen, in den bereits abgeschlossenen Vertrag Verschlechterungen einzuschmuggeln, schlecht bekommen. Geschlossen legten unsere Kollegen die Arbeit nieder und nach einwöchigem Streik gaben die Scharfmacher klein bei. Die Bestimmung wurde so wieder umgeändert, daß sie den Vereinbarungen entsprach, d. h. eine Erhöhung des Mindestlohnes um 6 Heller die Stunde.

Der Streik in Abbazia brachte unsern Kollegen nach mehrwöchiger Dauer einen glänzenden Erfolg. Durch Eingreifen der Bezirkshauptmannschaft war den Scharfmachern wieder ein Weg zum Verhandeln geboten und kam auch ein Tarif zum Abschluß.

Der Vertrag wurde auf dreieinhalb Jahre abgeschlossen. Es wurde der Neuentstandtag errungen und die Aufzahlungen der Ueberstunden mit 20 Prozent festgesetzt. Der Mindestlohn beträgt für Gehilfen nach dem dritten Gehilfenjahre 62 Heller, im ersten Gehilfenjahre 53 Heller pro Stunde. Am 1. September 1911 steigt der Mindestlohn auf 64 respektive 55 Heller. Für Arbeiten auf Gerüsten werden 10 Heller pro Stunde aufgezahlt. Bei Arbeiten in Lobrana und Matuglie beträgt die tägliche Zulage K. 1.— für Landarbeiten K. 2.— pro Tag. Der erste Mai wird freigegeben. Affordarbeiten sind verboten. Die Organisation wird anerkannt. Bei Streitigkeiten entscheidet die Tarifkommission.

Durch Abschluß dieses Vertrages sind die Gehilfen reichlich belohnt für die Mühe und Opfer, die sie in diesem Kampfe gebracht haben, und wenn es auch ihre teuren Kurort die Löhne noch weiter gesteigert werden, um menschenwürdig leben zu können, so können sie doch mit Stolz auf diesen herrlichen Sieg zurückblicken, den sie kraft ihrer Solidarität errungen haben. Mit frischem Mut werden sie wieder an die Organisationsarbeit gehen, damit sie nicht nur diese Errungenschaften erhalten, sondern noch neue dazu erringen.

Ungarn. Nach Nagyvárad (Groszwardein) ist Zug fernzuziehen. — Die Franz Schloßnische Leistenvergoldungsfabrik und die Anstreicherwerkstätte Johann Felberbaum in Budapest bleiben gesperrt.

Kroatien. In Agram ist die Werkstätte Braun gesperrt.

Zum Generalstreik in Schweden. Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien haben in Stockholm begonnen. Sowohl das Landessekretariat der Gewerkschaften als der Vorstand des schwedischen Arbeitgebervereins haben aus den verschiedenen Berufen, in denen Differenzen zu schlichten sind, Vertreter hinzugezogen, so daß also der Verhandlungsapparat ziemlich groß ist. Eine Aufhebung der Ausperrung bezw. des Streiks steht jedoch nicht in Aussicht; eine solche Aufhebung kann erst dann erfolgen, wenn zwischen den beiden Parteien eine Einigung erzielt ist. Die Sammlungen für die Unterstützung der Ausgesperrten müssen fortgesetzt werden.

Der 42. englische Gewerkschaftskongress, der vom 6. bis 11. September in Ipswich tagte, bietet auch für unsere Kollegen manches Interesse, weshalb wir die wichtigsten Momente herausgreifen. Der Bericht des parlamentarischen Komitees an den Kongress erwähnt mit Genugtuung, daß die infolge des Inkrafttretens des Gesetzes über den Achtfundentag für die Bergarbeiter entstandenen Reibungen glücklich überwunden sind. Zum Zwecke des Studiums der Arbeitsnachweise und der staatlichen bezw. städtischen Einrichtungen zum Schutze der Arbeitslosen in Deutschland wurde im Berichtsjahre eine Delegation von vier Parlamentsmitgliedern nach Deutschland gesandt. Sie besuchte Berlin, Frankfurt a. M., Leipzig und Dresden. Der gedruckte Bericht dieser Delegation lag dann im März einer besonderen Konferenz vor, an welcher 220 Delegierte teilnahmen, die 1 400 000 Gewerkschaftsmitglieder vertraten. Es wurde einstimmig eine Resolution beschlossen, die die Errichtung von Arbeitsbörsen auf nationaler Grundlage, unter der Kontrolle des Handelsministeriums und mit paritätischer Verwaltung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verlangt. Fast gleichzeitig legte die Regierung dem Parlament ein Gesetz vor, das die Einrichtung solcher Arbeitsnachweise vorsieht. Das ganze Land soll danach in zehn Distrikte, von denen jedes ein Distrikthauptbureau mit einem Distriktsvorsteher erhält, eingeteilt werden, während das Zentralbureau sich in London befindet. Sogenannte Arbeitsbörsen erster Klasse sollen etwa 30 bis 40 in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern und etwa 150 dritter Klasse in den kleineren Städten errichtet werden. Paritätische Arbeitsnachweiskommissionen sollen in jeder größeren Stadt zusammen treten, zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehend, unter dem Vorsitz eines von der Regierung ernannten und belohnten unparteiischen Beamten. Dies letztere, so sagt der Bericht, sei der Brauch auch in Deutschland. In provisorischen Räumen sollen zu Anfang des kommenden Jahres diese Arbeitsbörsen ihre Tätigkeit beginnen, doch ist ein Plan in Bearbeitung, nach dem mit einer jährlichen Ausgabe von vier Millionen Mark innerhalb der nächsten zehn Jahre für die hauptsächlichsten dieser Bureaus eigene Räume errichtet werden sollen. In den Kreisen der Gewerkschaftler war man jedoch darüber beunruhigt, wie die Reglemente für die Geschäftsführung usw.

dieser Arbeitsnachweise ausfallen werden, da das Gesetz hierüber keine Richtlinien enthält. Das parlamentarische Komitee hatte dieserhalb eine Unterredung mit den Regierungsvertretern und hofft auf Berücksichtigung seiner Wünsche auch in dieser Hinsicht.

Ein nationales Arbeitslosenunterstützungsprogramm wird ebenfalls von der Regierung vertreten, doch soll es sich vorläufig nur auf die Arbeiter im Baugewerbe, Maschinenbau, Werkzeugfabrikation, Schiff- und Wagenbau und in Sägmühlen erstrecken. Dies würde etwa 2 1/2 Millionen erwachsene Arbeiter umfassen oder ein Drittel der in der Industrie Beschäftigten. Obligatorische Beiträge sollen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erhoben werden, während vom Staat größere Zuschüsse geleistet werden. Neben der direkten wöchentlichen Unterstützung durch diese staatliche Versicherungseinrichtung ist auch die Förderung jeder anderen Versicherungsform gegen Arbeitslosigkeit vorgesehen. Gegenüber der Forderung mancher Gewerkschafter, daß solche staatlichen Versicherungseinrichtungen den Einrichtungen der Gewerkschaften Konkurrenz machen und deshalb der Gewerkschaftsbewegung schädlich sein könnten, führt der Bericht das Beispiel Deutschlands an, wo trotz der Arbeiterversicherungs-gesetze die Gewerkschaften ständig an Mitgliederzahl zunahmten, und heute schon numerisch stärker sind als in England.

Es sind 497 Delegierte, darunter vier Frauen, die 1701 000 Gewerkschaftsmitglieder vertreten, anwesend. Unter den Delegierten befinden sich 33 Parlamentsmitglieder, 26 Friedensrichter, 2 Bürgermeister usw. Außerdem sind Vertreter der Arbeiterpartei (Labour Party), der englischen Gewerkschaftszentrale (General Federation of Trade Unions), der Konsumgenossenschaftsbewegung, des Handelsministeriums, sowie der amerikanischen Gewerkschaften anwesend.

Der Kongreß wurde von dem Parlamentsmitgliede Chaiketon eröffnet. Der Bürgermeister von Ipswich, der in vollem Amtornat erschienen war, hielt eine Begrüßungsrede, worin er erklärte, daß die Verbesserung der Lage der unteren Klassen nur der Organisation derselben zu verdanken sei, doch meinte er, das Streben derselben müsse sein, sowohl für Arbeitgeber als für Arbeitnehmer bessere Verhältnisse zu schaffen. Ungerecht und verbesserungsbedürftig seien die heutigen Zustände insofern, als der größte Teil der Arbeitslosen trotz aller Bemühungen Arbeit nicht finden könne.

Die Begrüßungsrede des Vorsitzenden Chaiketon betont besonders die Erfolge der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren auf politischem Gebiete. Nicht weniger als 53 Vertreter der Gewerkschaften und Arbeiterpartei gehören jetzt schon dem Unterhause an, besonders wird das Prinzip des neuen „Budgets“ begrüßt, das zum ersten Male dem Prinzip: Neue Lasten den Schultern, die sie tragen können, aufzubürden, Rechnung trage. Daher der große Enthusiasmus der Arbeiterklasse für das Budget. Großen Beifall fand auch die Bemerkung, daß die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und England, der von Chauvinisten täglich an die Wand gemalt wird, deshalb undenkbar ist, weil die Arbeiter beider Länder einen Krieg nicht wollen.

Der schwedische Reichstagsabgeordnete G. Lindberg sprach über den Kampf der schwedischen Arbeiterschaft, an die Solidarität auch der englischen Arbeiter appellierend. Unter großem Beifall wurde beschlossen, Lindbergs Rede sofort gedruckt allen angeschlossenen Organisationen zuzusenden, nebst einer vom parlamentarischen Komitee vorgeschlagenen und vom Kongreß einstimmig beschlossenen Sympathieresolution für die kämpfenden schwedischen Genossen, in der zur kräftigen materiellen Unterstützung aufgefordert wird.

Zu dem Plane der Regierung, eine staatliche Arbeitslosenversicherung einzuführen, erklärt der Vorsitzende Chaiketon, der auch an den diesbezüglichen Verhandlungen teilgenommen hat, daß zurzeit geplant ist, die Beiträge zu 50 Proz. von den Arbeitnehmern zu erheben, während die Arbeitgeber sowie der Staat je 25 Proz. zu zahlen hätten. Außerdem würde der Staat die sämtlichen Verwaltungskosten übernehmen, so daß für die Zwecke der Arbeitslosenunterstützung selbst rund 100 Proz. mehr zur Verfügung stehen, als von den direkt Beteiligten aufgebracht würde. Das parlamentarische Komitee hält diesen Plan für recht vorteilhaft für die Arbeiter, während einige Delegierte die Meinung vertreten, von den Arbeitern dürften Beiträge überhaupt nicht erhoben werden. Für die in der Bildung begriffenen staatlichen Arbeitsnachweise werden der betreffenden Kommission eine Reihe Winke gegeben, durch die verhindert werden soll, daß die Arbeitsnachweise im Interesse der Arbeitnehmer bei Lohnkämpfen benutzt werden können.

Eine prinzipielle Diskussion von großer Bedeutung wurde durch den Bericht über die Versuche der Nord-Ost-Eisenbahn-Gesellschaft, ihren Angestellten das Koalitionsrecht zu nehmen, hervorgerufen. Die Vereinigung der Eisenbahn-Bureauangestellten beschwerte sich über die Haltung des Mitgliedes des parlamentarischen Komitees und des Unterhauses, Richard Bell, der eine neue von der Nord-Ost-Eisenbahn verlangte Konzession im Parlament unterstützte, obwohl die Gewerkschaft der Eisenbahn-Bureauangestellten dieselbe bekämpfen ließ, weil die Gesellschaft einem Teil ihrer Angestellten den Eintritt in die Organisation verbot. Die Diskussion endigte mit der Annahme einer Resolution, die die Haltung Bells im Parlament tadelt und von seinem Verprechen Kenntnis nimmt, in Zukunft nur in Uebereinstimmung mit der Arbeiterfraktion zu handeln.

Die Versuche der Heilsarmee, ihren Wirkungskreis als Unternehmer auf immer weitere Gewerbe auszudehnen, wobei festgestellt wird, daß dieselbe miserable Löhne zahlt und durch ihre derart unanständige Konkurrenz besonders schon dem Tischlergewerbe großen Schaden bereitet, rufen den Protest des Kongresses hervor, der das parlamentarische Komitee beauftragt, von der Regierung energisch die Ernennung einer Untersuchungskommission zu verlangen, die die Methoden der Heilsarmee untersuchen soll.

In der Nachmittags-Sitzung wird der Massenbericht nach einigen Anfragen und Erklärungen gutgeheißen. Eine erregte Debatte entsteht über einen Vorschlag, von dem Bestande des parlamentarischen Komitees 20 000 Mk. sofort den kämpfenden schwedischen Arbeitern zu überweisen. Der Vorsitzende macht der Diskussion durch die Erklärung ein Ende, daß die bestehenden Statuten eine solche Unterstützung von den Fonds des Komitees verhindern, zudem seien in dieser Stunde schon alle englischen Gewerkschaften im Besitze des äcktern beschlossenen

und versandten Appells. Notgedrungen gibt man sich hiermit zufrieden.

Peir Har die, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der als Gast an dem Kongreß teilnimmt, führt aus: Am besten sei die Wichtigkeit der politischen Tätigkeit der Arbeiterklasse aus den ungeheuren Anstrengungen der Gegner zu ersehen, der Arbeiterpartei Schwierigkeiten aller Art zu bereiten. So ist es gerichtlich als unzulässig erklärt worden, daß die Gewerkschaften besondere Beiträge für politische Zwecke verwenden bezw. die Arbeiterpartei durch Beiträge unterstützen. Die endgültige Entscheidung hierin, die dem Oberhause vorliegt, wird von den Beteiligten mit Interesse, nicht aber mit irgendwelcher Unruhe erwartet, weil die sichere Zuversicht besteht, daß nötigenfalls die gleichen Beiträge in Form freiwilliger Zuwendungen von allen Gewerkschaften geleistet werden, um auch in Zukunft eine wirkungsvolle Arbeit auf politischem Gebiete zu ermöglichen. Erfreulich sei die Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung. Noch vor 25 Jahren war derselbe Gewerkschaftskongreß gegen das Prinzip des Achtstundentages, heute ist es schon in manchen Berufen angewandt; ja, der Kongreß hat sich seither sogar offen für die grundlegenden Prinzipien des Sozialismus, für die Gesellschaftlichung der Produktions- und Distributionsmittel ausgesprochen. Die Arbeiterpartei, die politische Vertretung der englischen Arbeiterschaft, ist sozialistisch, und ihrem Einflusse ist es auch zu verdanken, daß zurzeit eine soziale Gesetzgebung vorbereitet wird, die revolutionärer wirken wird, als irgend eine bisherige gesetzliche Maßnahme. Um jedoch mit Erfolg weitergehen zu können, ist eine weitere Stärkung der Gewerkschaften und der politischen Organisation notwendig, damit bei den nächsten Wahlen die doppelte Anzahl Arbeiter-Abgeordnete ins Parlament gelangt werden kann. Doch wird unser Kampf nicht eher aufhören, bis das jetzige Gesellschaftssystem von Grund auf geändert ist, bis Land und Kapital Privateigentum ist, damit Freiheit und Glück die heutigen traurigen Zustände ablösen. (Schluß folgt.)

Verschiedenes.

„Eisenbahn-Landstreicher“. Die sogenannte „Wagabundage“ ist eine soziale Erscheinung, der in jüngster Zeit immer größere Aufmerksamkeit geschenkt wird, nachdem man erkannt hat, daß die „Landstreicher“ zum großen Teil eine Art von Geisteskranken sind, die einer besonderen Behandlung bedürfen. Neben diesen geistig minderwertigen Elementen, die meist ihr ganzes Leben hindurch, dem Trunke ergeben, planlos umherirren, gibt es aber auch Tausende von Arbeitslosen, welche durch die bitterste Not auf die Landstraße getrieben werden, von Ort zu Ort ziehen, um Arbeit zu suchen. In Amerika, wo die Entfernungen von einem Orte zum andern meist sehr groß sind, reisen alle diese armen Wanderer als blinde Passagiere auf den Eisenbahnen, indem sie sich einen Platz auf den Plattformen, Verdecken, Trittbrettern suchen oder gar auf den Puffern reiten oder sich unter den Wagen anklammern. Wie die Nr. 7 der Zeitschrift für das Armenwesen nach amerikanischen Quellen berichtet, haben diese Art Reisenden in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen. The Central Vermont Railroad stellte eine Zunahme der „Wagabundagen“ von 75 Proz. fest. Chicago und Eastern Illinois von 50 Proz., The Great Northern von 200 Proz. Ähnliche Angaben machen andre Bahnbewaltungen. Der Präsident von Pennsylvania berichtet über eine vierfache Vermehrung unrechtlich Reisender im Juni 1908 im Vergleich zu Juni 1907. Diese erhebliche Zunahme des „Wanderbettelns“ in Amerika wird auf die große Arbeitslosigkeit zurückgeführt. Die Berichte stellen fest, daß sich unter den blinden Passagieren zahlreiche arbeitslose, sonst ehrliche Menschen befinden; meist sind es junge Leute zwischen 18 und 25 Jahren. Franklin G. Briggs, Leiter der staatlichen Besserungsanstalt in New York, weist aber auch nach, daß die Bahnbahn-Hundertler von jugendlichen Verbrechern mit dem „Wagabundieren“ begann. Und die bedauernswerten Menschen, die in Europa jahrelang auf der Landstraße herumirren, „wagabundieren“ in Amerika auf der Eisenbahn. Viele von ihnen gehen dabei zugrunde. Eine von Lewis in einer amerikanischen Zeitschrift angeführte vergleichende Tabelle, die die Jahre 1901 bis 1906 umfaßt, ergibt im letzten Jahrgang eine Zunahme von 12 Proz. der Todesfälle unter den blinden Passagieren und von 17 Proz. bei den Verletzungen. Die Zahl der getöteten rechtlichen Passagiere steht zu der der unrechtlichen ungefähr wie 1 zu 15. Die vorliegenden Berichte erweisen aus allen Richtungen zahllose Vorkommnisse von Beschädigungen, Diebstählen, Brandstiftungen und sogar Verletzungen und Tötung von Reisenden und Beamten seitens der verbrecherischen Elemente unter diesen blinden Passagieren, denen nicht beizukommen sei. Der hierdurch den Bahnen verursachte Schaden wird auf 25 Millionen Dollar jährlich geschätzt. Woraus hervorgeht, wie außerordentlich groß die Zahl dieser „blinden“ Reisenden ist.

Literarisches.

Die Proletarierkrankheit, ihre Entstehung und Verbreitung, Verhütung und Heilung. Von Dr. J. A. d. e. (Heft 20 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek — Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68.)

In dem zwei Bogen starken Heft unternimmt es der Verfasser, die Arbeiter in verständlicher Form mit den großen Fortschritten bekannt zu machen, welche die Lehre von der Schwindsucht seit der Entdeckung des Tuberkelbazillus durchgemacht hat. Er erbt und erworbenene Anlagen, die Wege der Aus- und Einwanderung des Bazillus, die Uebertragung der Krankheit in der Familie und im Beruf, die Schwindsucht als Wohnungs- und als Gewerbekrankheit, der Unterschied zwischen verborgener und offener Tuberkulose, die neuesten Ergebnisse über ihre enorme Verbreitung und ihre Heilung und vieles andere wird in 12 Kapiteln abgehandelt, von denen die beiden letzten besonders ausführlich dem „Schutz der Gefunden“ und der „Heilung der Erkrankten“ gewidmet sind. Den Schluß des Ganzen führen wir wörtlich an: Ein jedes Land bekämpft die Tuberkulose nach seiner Art. Deutschland mit Sanatorien, England mit Besssteaks und Tennis; ich stehe die englische Methode vor, sie ist angenehmer und wirksamer“ (Granacher). Besssteaks und Tennis, was heißt das anders als Erhöhung der Löhne zur Aufbesserung der Lebenshaltung und Verringerung der Arbeitszeit, um Zeit zu gewinnen für Erholung, für Spiel und Sport im

Freien! Die Arbeiterbewegung und der Kampf gegen die Schwindsucht haben das gleiche Ziel. — Das Heft sollte in keiner Arbeiterfamilie fehlen, es ist dazu bestimmt, Erkenntnis zu verbreiten. — Preis 50 Pf., Volksausgabe 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolportage.

Religion, Kirche und Sozialdemokratie. Unter diesem Titel ist jenen bei W. Birk & Co. m. b. H. in München eine Schrift des bekannten Pastors G. Felden in Bremen erschienen, die sich in sachlicher und eingehender Weise mit dem jetzt wieder viel erörterten Punkt 6 unsres Programms — Erklärung der Religion zur Privatsache — beschäftigt. Die Schrift enthält in der Hauptsache eine Rede, welche Pastor Felden im Gewerkschaftshause zu Bremen hielt und die auf eine Polemik zwischen unseren Parteiorganen in Hannover und Bremen über den Punkt 6 des Programms zurückzuführen ist. Der billige Preis von 30 Pf. für die gut ausgestattete Schrift macht deren Anschaffung weiter Kreisen möglich.

Singe mit. Eine Sammlung politischer und gewerkschaftlicher Kampflieder nach bekannten Melodien. 15. verbesserte und ergänzte Auflage. 80 Seiten. 20 Pf. Porto 5 Pf. Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig, Eiferstraße 14.

Das von Lipinski herausgegebene Liederbuch erfreut sich großer Beliebtheit, wie seine große Auflage beweist. Es war von Berliner Gerichten wegen des Abdrucks der Lieder „Bet und Arbeit“ und „Wer schafft das Gold zu Tage“ beschlagnahmt worden. Nachdem ist das Liederbuch neu geordnet und um einen Bogen Inhalt vermehrt worden, so daß es sicher neue Freunde unter der Arbeiterschaft erwerben wird.

Arbeitersekretariat Frankfurt a. M. 10. Jahresbericht für 1908 nebst Bericht des Gewerkschaftssekretärs und einem Anhang: 10 Jahre Arbeitersekretariat. Verlag: Buchhandlung Volkstimme, Maier & Co. Bericht des Sozialdemokratischen Vereins „Eintracht“, Zürich, über die Tätigkeit im Jahre 1908.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. Protokoll der 5. Generalversammlung, abgehalten zu Magdeburg vom 31. Mai bis 4. Juni 1909. Verlag des Zentralvorstandes, Berlin S. 53, Bergmannstraße 68.

Protokoll der Verhandlungen der 18. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, abgehalten zu Stuttgart im Gewerkschaftshaus vom 19. bis 24. April 1909. Verlag von F. Schrader, Hamburg.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Protokoll der 18. Generalversammlung in Eisenach vom 16. bis 21. Mai 1909. Verlag von S. Hansmann & Co., Bochum i. W.

Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen. Jahr- und Handbuch für 1908. Verlag von Fr. Lange, Hamburg.

Verband der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands. Jahresbericht pro 1908 nebst Anhang: Die Ausperrung in Rheinland-Westfalen. Herausgegeben vom Vorstand, Berlin W. 18.

Bulletin des Internationalen Arbeitsamts. Band 8 Nr. 6-7, 1909. Jena, Verlag von Gustav Fischer.

Zentralverband der Stukkateure und verw. Berufs-genossen Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des 7. außerordentlichen Verbandstages in Cassel vom 12. bis 16. April 1909. Verlag des Verbandes in Hamburg.

Gewerkschaftskartell Braunschweig. Jahresbericht des Arbeitersekretariats und des Kartells für das Jahr 1908. Preis 10 S.

Verband der Zigarrensortierer und Kistenbefeher Deutschlands. Jahresbericht 1908.

Gewerbeförderungs-Institut der Handels- und Gewerbetreibender in Troppau. Tätigkeitsbericht für das Jahr 1908. Erstattet vom Kuratorium. Im Selbstverlag des Gewerbeförderungs-Instituts zu Troppau.

Protokoll über die Verhandlungen des 5. Allgemeinen Kongresses der Krankenkassen Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 17. bis 19. Mai 1909. Preis 70 S. Verlag der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte.

Sterbetafel.

Bamberg. Am 29. Juli starb unser treues Mitglied Max Burgis im Alter von 85 Jahren. — Am 17. September starb unser Mitglied Baptist Eichelsdorfer im Alter von 46 Jahren.

Bayreuth. Am 21. August starb unser Kollege Heinrich Lüh im Alter von 26 Jahren an Heilbegiftung.

Dresden. Am 28. August verschied unser Kollege Gustav Adel im Alter von 59 Jahren. — Am 6. September verschied unser treuer Kollege Richard Affel infolge eines Herzschlages im Alter von 82 Jahren.

Byrmont. Am 26. August starb unser Mitglied Heinrich Samann im Alter von 21 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Briefkasten.

M. St. Berlin. Von einem Bericht Deinerseits ist mir nichts bekannt. Gruß M.

M. R. Wende Dich an den Sekretär J. Bergmanns, Commission Syndikale, Bruxelles, Rue Joseph Stebens (Matton du Peuple).

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Ausgeschlossen wurde das Mitglied Bernhard Dreufide, Buchn. 61 181, auf Grund des Statuts § 7 Abs. c durch die Filiale Rathenow. Das Mitglied Paul Buchn. 56 815, nach § 7 Abs. b durch die Filiale Hannover.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Aug. Wid, Buchn. 45 226, bez. bis 32. Woche 09 (Mannheim); Alb. Bergsträßer, Buchn. 25 668, bez. bis 31. Woche 09 (Darmstadt); Konrad Marx, Buchn. 47 267, bez. bis 22. Woche 09 (Würzburg); Fr. Lobenstein, Buchn. 37 603, bez. bis 30. Woche 09 (Gotha); Frz. Rompilh, Buchn. 56 215, bez. bis 26. Woche 09 (Rostock); Joh. Kröger, Buchn. 57 194, bez. bis 30. Woche 09 (Gotha); Moritz Apel, Buchn. 32 976, bez. bis 37. Woche 09 (Magdeburg); Arthur Bichau, Buchn. 34 699, bez. bis 30. Woche 09 (Berlin); Herm. Lämter, Buchn. 40 508, bez. bis 28. Woche 09 (Berlin); Heint.

Schirmer, Buchn. 68 058, bez. bis 30. Woche 09 (Berlin); Paul Rogginski, Buchn. 60 577, bez. bis 31. Woche 09 (Berlin); Otto Herrmann, 30 400, bez. bis 23. Woche 09 (Berlin); Otto Hensebeit, Buchn. 67 915, bez. bis 29. Woche 1909 (Berlin); Otto Sahn, Buchn. 55 118, bez. bis 23. Woche 1909 (Berlin). Der Vorstand.

Vericht der Hauptkassse vom 14. bis 20. September.

Eingefandt wurden für die Hauptkassse: Darmstadt A 500, Quedlinburg 100, Cottbus 150, Silberstein 400, Essen 600, Worms 100, Cöln 400, Neugersdorf 100, Göttingen 100, Nordhausen 200, Meß 100, Straßburg 100, Paffau 100, Sonderburg 50, Breslau 800, Eiberfeld 300, Magdeburg 300, Detmold 100, Waldenburg 100, Chemnitz 800, Gera 200.

Für den Ver.-Anz.: Wien A 3, Cottbus B.

Material wurde versandt:

W = Weitragsmarken. G = Eintrittsmarken. D = Duplikatsmarken. B.-A.-M. = Vereins-Anzeiger-Marken. P = Kalender. F = Futterale. R = Protokolle. Ex = Extra-Marken. M.-M. = Marken-Mappe.

Altenburg 300 B. a 50 S; Bannberg 400 B. a 60 S, 400 B. a 20 S; Bayreuth 300 B. a 60 S, 50 Ex.; Berlin 50 000 B. a 60 S, 50 000 B. a 20 S, 1000 Ex.; Bochum 2000 B. a 25 S; Breslau 400 B. a 50 S; Cottbus 600 B. a 55 S, 30 Ex.; Crimmitschau 400 B. a 20 S; Guxhagen 10 Ex.; Dandig 4000 B. a 20 S, 1000 Ex.; Darmstadt 1000 B. a 60 S; Dortmund 100 Ex.; Finsterwalde 10 Ex.; Forst 400 B. a 55 S; Frankfurt a. O. 400 B. a 50 S, 200 B.-A.-M., 100 Ex.; Gera 1000 B. a 55 S, 1200 B. a 20 S; Graudenz 20 Ex.; Hagen 1000 B. a 60 S; Halle 4000 B. a 60 S, 2000 B. a 55 S, 6000 B. a 20 S, 100 Ex.; Hannover 200 Ex.; Ingolstadt 10 Ex.; Kattowik 400 B. a 60 S; Kiel 6000 B. a 70 S; Konitz 400 B. a 60 S, 600 B. a 20 S, 20 Ex.; Lissa 10 Ex., 5 D.; Lübeck 1200 B. a 60 S, 2000 B. a 20 S; Magdeburg 500 Ex.; Meß 400 B. a 60 S; Nürnberg 400 B. a 20 S (für Frauen); Potsdam 1200 B. a 60 S; Quedlinburg 400 B. a 60 S; Rosenheim 200 B. a 50 S; Schwerin 1600 B. a 20 S; Spanbau 1200 B. a 60 S, 800 B. a 20 S; Tilsit 400 B. a 50 S; Waldenburg 600 B. a 55 S; 800 B. a 25 S; Wittenberge 200 B. a 55 S; Würzburg 2000 B. a 60 S.

S. Wenker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und vern. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingetragene Hilfskassse Nr. 71.)

Vericht des Hauptkassierers vom 12. bis 18. September.

Ueberschüsse wurden von den örtlichen Verwaltungen eingefandt von Kaufhold-Weipensee 100 A; Schulze-Spanbau 100 A; Müller-Bochum 100 A; Rohlf-Mitana 200 A; Besser-Friedrichshagen 150 A; Müller-Karlshöhe i. B. 100 A; Freitag-Wilmersdorf 100 A; Präger-Groß-Lichterfelde 200 A; Bertram-Hannover 200 A; Brand-Detmold 50 A.

Bushilfe wurden an die örtlichen Verwaltungen abgefandt an Löfel-Fürth i. B. 50 A; Dahm-Nemscheid 50 A; Strud-Göttingen 100 A.

Krankengelber erhielten Buchn. 30 601, Carl Schneider in Neustadt O.-Schl. 20,25 A; Buchn. 19 741, W. Müblius in Wallerstein, 29,25 A; Buchn. 28 307, W. Hartmann in Gbbrichen, 13,50 A; Buchn. 28 557, W. Tharann in Saarbrücken, 13,50 A; Buchn. 12 020, G. Mayer in Tüfensfeld, 15,75 A; Buchn. 32 304, W. Jäger in Schöningen, 11,25 A.

S. S. Busse, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

Anzeigen.

Der Kollege Richard Procklitz aus Oberreichenbach (Sachsen) hat von Kollegen Gelder für Beiträge und Aufnahme entgegen genommen und ist damit flüchtig. Bredienliche Nachrichten über dessen derzeitigen Aufenthalt erbeten an Filiale Karlsruhe, Zähringerstr. 77.

Mein seit 16 Jahren bestehendes flott-gehendes Malergeschäft in größerem Ort der Nieder-Laufiß ist sofort wegen Veränderung zu verkaufen. Preis 1200 Mk. mit sämtlichem Inventar und noch auszuführenden Arbeiten. Nähere Auskunft von F. Brauer, Cottbus, Ostrowerstr. 18.

AUSSTELLUNG von Holz- u. Marmorarbeiten Sonntag, den 3. Oktober, 9 bis 4 Uhr. A. Clauss, Altona, Allee 228, nahe Flora. Abendunterricht Monat II Mk.

Malerschule Buxtehude Größte Schule für Dekorationsmaler. 1907 wieder goldene Medaillen und Ehrenpreise. Progr. d. Direktor Biserwag.

Malerschule Hameln a. d. Weser Fischbuckersstraße 40 Staatlich genehmigt. Bedeutende Erfolge in der Dekorations-, Holz- u. Marmorarbeiten, ferner Buchführung, Vorträge. Es wirken verschiedene erste Speziallehrkräfte in getrennten Lehrsälen. Prospekte kostenlos durch die Schulleitung.

I. Bergische Spezial-Fachschule für Holz- und Marmorarbeiten Carl Reichenberg, Remscheid-Hasten (Rheinld.) Inhaber vieler Ehrendiplome, Medaillen und I. Preise. 5 Schüler erhielten 1909 wieder höchste Auszeichnungen, Ehrendiplome, Staatspreise etc. zuerkant. Illustrierter Prospekt frei. — Erfolg garantiert.

Malerschule Gotha Wirklich praktische Schule. Mässiges Schulgeld. — Viele Anerkennungen. Letzte Auszeichnung: Staatspreis Gera 1909. Prosp. d. d. Schulleitung P. Teichgräber.

Abend-Unterricht im Holz- und Marmor-Malen zwanglose nähere Berichterstattung am 3. und 10. Oktober von 10 bis 4 Uhr. G. R. Hintze, Hamburg, Mittelstr. 79, pt.

Malerschule für Holz- und Marmor-Imitation von A. Pritschow, Hammelburg (Böhern.) Gründliche in der Praxis betvährte Ausbildung. — Beginn des Kurses vom 15. November 1909 bis 1. März 1910. Prospekt gratis.

Wollen Sie sich in der Holz- und Marmorarbeiten gründlich ausbilden, so besuchen Sie die Fachschule von Mathias Nabben, Düsseldorf, Ankerstraße Nr. 118. Prämiiert mit den höchsten Auszeichnungen. Prospekt gratis.

Malerschule zu Bremerhaven von C. H. Dreier Grabenstraße Nr. 22 Schule für Dekorations-Malerei, Holz und Marmor, Schriften. Prospekte gratis und franko. Wintersemester vom 1. November bis 31. März.

Der Malerkalender für 1910 kommt im Laufe des Monats Oktober zum Versand. Wir ersuchen die Filialverwaltungen umgehend die Bestellungen an uns einzusenden. Der Vorstand.

Düsseldorfer Privat-Schule für Holz- und Marmorarbeiten, moderne Schriftmalerei, chem. Holzbeizen & Höchste Auszeichnungen. Nur Tages-Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Kunstgewerbliche Privatschule von der Holz- und Marmorarbeit getrennt, mit besonderer Berücksichtigung der Dekorations-Malerei. Winter und Sommer-Semester — Tages- und Abend-Unterricht. Beginn am 1. Oktober. Prospekte kostenlos. Carl Hoyer, Düsseldorf, Mendelssohnstr. 22 & Telephon 1100.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren. Prospekt über das rühmlichst bekannte Mahlers Fondin Mahler & Co., Bamberg II.

Prämiiert: Doberan 1905. — Rostock 1907. — Halle a. S. 1908. Nur 1 Monat Unterricht! für naturgetreue Holz- oder Marmorarbeiten bei Fr. Schott, Schwerin i. M. b. Selbst gering Begabten volle Garantie. Illustrierte Prospekte der Schule und des Werkes zur Selbsterlernung frei.

Die grossen Erfolge welche unser Institut auch im letzten Semester zu verzeichnen hatte, bestehen darin, dass die Leistungen unserer Schüler auf verschiedenen Malertagen die höchsten Preise erhielten und heute schon zwei Herren die Berechtigung zum Einjährigen-Dienst erlangten. Spezial-Schule für Holz- und Marmor-Malerei von Fr. Weltershausen & Co., Hamburg 5 Lindenstrasse 19. Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Man verlange Prospekt.

Düsseldorfer Malerschule für Dekorationsmalerei (Prämiiert mit nur höchsten Auszeichnungen) 15. Oktober bis 31. März. Prospekte kostenlos durch den Vorstand Helnr. Weischede, Düsseldorf-Oberkassel, Oberkasselstr. 13.

Malerschule von Wilh. Schüpe, Hamburg 15.

Der Neue Prospekt der Prachtvollen Schülerarbeiten vom kunstgewerblichen Institut für Maler H. Schmid-Eugweiler, Bückeburg ist soeben erschienen und gratis erhältlich. Porto u. b. Schweiz f. Briefe 20, Karte 10 S.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc. Ph. Brühl, Oeffen i. Westf. Gas-Backofen billigst, Hamburg, Osterstr. 88, pt. I.

Gold-Abfälle. Kaufe zum höchsten Preis jeden großen und kleinen Posten Kehrgold, Goldwatte und Abkratzgold. Briefe oder Belegsendungen werden schnell erledigt. Um genaue Adressen wird geb. Max Haupt, Dresden, Blasewitzstr. 84.

Vom Milit. sehr gut erhalten! Drillingjacket u. Hose, auf 2.75 Mk., 3 Mk., 3.50 Mk., Satin-Dresshose u. lange Jacke mit Tasche, auf 3.50 Mk., Drillinghose u. Drilling-Unteroffizierrock, zum Teil neu, auf 3.25 Mk., neue leberne braune Militär-Schultrische, anstatt 10.50 Mk. 8.50 Mk. Gegen Nachn., Nichtgef. zurück. G. Loh, Grünberg (Schl.) 52.

Verlangen Sie, Kollege, zur Probe je einen Sag Greizer, Berliner- und Delfrischsteher, je einen Sag Nind- und Fischhaarmalpinsel, einen Dachsbreiteiber, einen Schläger, einen Nodler, (je 3 Zoll breit), einen Sag Stahl- und Lederlämme (je 10 Zoll), eine Blechpalette, zu A 14.50 per Nachnahme. G. Job, Nürnberg, Tegelgasse 13.

Im Verlage von M. Ernst in München erscheint alle 14 Tage der „Süddeutsche Postillon“ humoristisch-satirisches Wipblatt. Groß 4 8 fellig, reich und original illust. Schwarz und in prächtigen Farbendruck. Preis pro Nummer 10 Btg.

Hammerschlag's Maler-Mäntel nur eigenes Fabrikat, erprobt, Qualitäten, bequemer Sitz, m. schräg. Taschen, Pinselhalter und Umlegkragen sind die besten! III. Qualität Mk. 2,50 II. " " 2,75 I. " " 3.— Nessel-Hosen u. Jacken per Stück Mk. 2.— Drell-Hosen u. Jacken p. St. Mk. 2,50 u. 8.— Als Mass erbitte Rückenbreite eines Jackets, Kittellänge oder Militärgröße Versand gegen Nachnahme. Berufskleidungsabrik Julius Hammerschlag Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 36

Maler-Mäntel, beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegkragen. Nur eigenes Fabrikat. 110- 120 130 140 cm lang jetzt 2,75 2,90 3,10 3,25 Mk. Hosen aus Nesselstoff 2.— Mk., Mützen 40 S, Drell-Hosen und Jacken à 2,80 Mk., Extra-Größen 3.— Mk. II. Qualität 25 S billiger. Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben. D. Wurzel & Co., Berlin, Bräudenstraße 13, I.

Büding's Maleranzug „In Einem“ D. N. G. M. Unerreicht in Zweckmäßigkeit und Billigkeit. Vollkommenster Anzug der Welt. Generalvertrieb für Deutschland: George Evans Ernst Werderstr. 12 Hamburg.

Restaurant „Klosterschenke“. Dresden-Mittstadt, Ecke Bismarck- u. Seilerg. Besteht aus dem Maler, Backer, Anstreicher, Arbeitsschneid, Bibliothek und Zahlabend. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse. Reichhaltiger Frühstück, Mittag- und Abendtisch bei billigen Preisen. ff. Biere. August Heinrich.

Empfehle den Genossen mein Fremden-Logis, sowie Mittag- und Abendtisch in reichhaltiger Auswahl. Zahlstelle der Filiale Berlin und des Wahlvereins. Hermann Stramm Berlin SO., Ritterstr. 123.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 38 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei. Für die Redaktion verantwortlich M. Martz, Hamburg, Schmalenbeckerstraße 17. Verlag von S. Wenker, Hamburg 22. Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 23.